

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

25. Sitzung vom 21. Juni 2013

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3
2. 01904-2013/0001-MDLTG: Gemäß § 120 (4) WStV Einberufung des Wiener Landtages durch Präsident Prof Harry Kopietz mit dem Thema "Rekord-Gebührenwucher, Rekord-Armut - Aus für das Wiener Valorisierungsgesetz"	S. 3
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3
4. 01904-2013/0001-MDLTG: Debatte zum Verlangen des Klubs der Wiener Freiheitlichen zu unter Punkt 2. genanntem Thema Rednerinnen bzw Redner:	
Abg Mag Johann Gudenus	S. 3
Abg Mag Karin Holdhaus	S. 6
Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 7
Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 10
Abg Franz Ekkamp	S. 12
Abg Ing Mag Bernhard Dworak	S. 15
StR DDr Eduard Schock	S. 16
Abg Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 18
Abg Mag Dr Barbara Kappel	S. 20
Abg Ing Udo Guggenbichler	S. 22
Abg Wolfgang Seidl	S. 23
Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 24
5. Ordnungsruf an Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 25

(Beginn um 11 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Die 25. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abgen Mag Berger-Krotsch, Gaal, Matzka-Dojder, Prof Dr Vitouch, Hebein, Dr Van der Bellen, Mag Juraczka, Dr Laschan, Mag Neuhuber, Ing Rösch, Dipl-Ing Stiftner und Dr Ulm; Herr Abg Deutsch ab 13 Uhr und Herr Abg Wutzlhofer ebenfalls ab 13 Uhr.

Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Landtages zum Thema „Rekord-Gebührenwucher, Rekord-Armut - Aus für das Wiener Valorisierungsgesetz“ eingebracht. In Entsprechung des § 120 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurde zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in der Sitzung des Landtages auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben. (*Unruhe im Saal.*) - Ich ersuche um etwas Aufmerksamkeit, wenn ich bitten darf.

Die Abgen Deutsch, Klicka, Mörk, Wagner und Dr Kickert haben am 22. Mai 2013 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Errichtung eines Wiener Gesundheitsfonds eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Gesundheit und Soziales zugewiesen.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung und als Erstredner hat sich Herr Abg Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort, wobei ich daran erinnere, dass die Gesamtreizeit 40 Minuten beträgt. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir haben die heutige Sondersitzung seitens der Freiheitlichen verlangt, weil wir seit mittlerweile vielen Jahren, aber insbesondere in den letzten zweieinhalb Jahren, wo es ja auch eine grüne Regierungsbeteiligung gibt, verstärkt einen kausalen Zusammenhang zwischen Gebührenerhöhungen - man kann es auch Gebührenwucher nennen - und einer steigenden Armut in Wien sehen. Dieser kausale Zusammenhang ist nicht wegzuleugnen, wenn man sich auch die nackten Zahlen anschaut, dass zum Beispiel seit dem Jahr 2006 für eine durchschnittliche Familie, für einen Durchschnittshaushalt in Wien allein auf Grund der steigenden Gebührenbelastung eine Mehrbelastung von rund 1 600 EUR pro Jahr vorhanden ist - das sagen die nackten Zahlen, das können Sie nicht wegleugnen - und seit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN vor zweieinhalb Jahren eine Mehrbelastung von rund 550 EUR für eine Durchschnittsfamilie, für einen Durchschnittshaushalt in Wien vorhanden ist!

Das sind die nackten Zahlen, die kann man nicht vom

Tisch wischen. Das sagen Wirtschaftsforschungsinstitute. Man braucht sich auch nur ein bisschen hinzusetzen und zu rechnen. Da stelle ich mir schon die Frage: Was ist an dieser Politik noch sozial? Was ist daran gerecht? - Das ist vollkommen unsozial und ungerecht, was hier die SPÖ gemeinsam mit den GRÜNEN in Wien mit den Bürgern aufführt! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Natürlich ist daran hauptverantwortlich das von Ihnen eingeführte Valorisierungsgesetz, das es ja erlaubt, dass automatisch, ohne die Einbindung der demokratischen Kräfte, die Gebühren laufend weiter erhöht werden. (*Abg Godwin Schuster: Auf Bundesebene eingeführt von der FPÖ!*) Ich darf kurz eine historische Persönlichkeit zitieren, der ich sicherlich nicht anhängen oder deren Meinung ich sicherlich nicht teile. Herr Karl Marx hat ja Armut so definiert: „Arm sind alle, die keine eigenen Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts besitzen.“ Das ist der Herr Karl Marx, dessen Geisteshaltung hier die linke - nicht Reichshälfte, sondern eher Stadthälfte angehört, der Herr Karl Marx, der ja der Urvater der Idee der Sozialdemokratie ist, des sozialistischen Gedankens, der auch diesen Begriff der Armut definiert hat.

Wenn man sich die nackten Zahlen anschaut, so sieht man, dass im Jahre 2012 schon knapp 20 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen waren; im Österreichschnitt waren es 12 Prozent, die von Armut betroffen waren. Das ist alles bedauerlich. Aber wenn man sich auch anschaut, welche Bevölkerungsgruppen am meisten von Armut betroffen sind, so sieht man, dass 42 Prozent der Langzeitarbeitslosen besonders betroffen sind, dass 30 Prozent der Alleinerzieher von Armut betroffen sind, dass fast 30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund von Armut betroffen sind. Da nennen Sie bitte nicht uns ausländerfeindlich, denn das ist ausländerfeindlich, wenn 30 Prozent der Zuwanderer von Armut betroffen sind! Das haben Sie zu verantworten, niemand anderer in diesem Haus. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Bei den alleinstehenden Frauen sind es 24 Prozent, und bei kinderreichen Familien sind es 20 Prozent. Das sind also alles Zahlen, die nicht erfreulich sind. Da kann man auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und sagen, es läuft hier alles eitel Wonne. Das kann man einfach nicht sagen. Natürlich, man kann stolz darauf sein, dass man immer wieder Wettbewerbe wie die Mercer-Studie gewinnt; aber glauben Sie, dass von Ihrer Gebührenpolitik und von den laufenden Gebührensteigerungen der UNO-Diplomat oder der Super-Manager irgendwie betroffen ist? Na klar, es trifft ihn auch, aber glauben Sie, es stört ihn irgendwie? Oder glauben Sie, es trifft eher den Armen, der mit 800, 900 EUR im Monat oder weniger auskommen muss, der sich das Wohnen nicht mehr leisten kann?

Es trifft Ihre Gebührenpolitik, Ihre Politik der Gebührenbelastung natürlich vor allem die Armen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Politik gegen die armen Menschen in der Stadt. Sie treiben die Wiener Bürger ja systematisch weiter in Armut, und genau das müssen wir Freiheitliche mit den Bürgern abstellen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Denn es kann ja wohl nicht sein, dass Sie sich hier

hinstellen, auf Plakaten affichieren: „Wir kämpfen für mehr Gerechtigkeit, wir kämpfen für soziale Politik.“, aber in Wirklichkeit hier die Menschen systematisch in die Armut getrieben werden. Das kann es wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das werden wir Freiheitliche weiter aufzeigen, im Sinne der Bürger! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber das finden Sie ja wahrscheinlich alles auch lustig, weil all das Geld, das Sie den Bürgern durch Ihre Gebührenbelastung abnehmen, in Wirklichkeit ja auch Ihre Misswirtschaft und Ihre Freunderlwirtschaft finanziert, während dem Bürger im Endeffekt überhaupt keine Luft zum Atmen mehr bleibt. Da frage ich mich schon: Wie können Sie überhaupt noch ruhig schlafen? Wie können Sie ruhig schlafen angesichts der Tatsache, dass mittlerweile 320 000 Wienerinnen und Wiener in Armut leben müssen, dass sie ihr Leben an der Armutsgrenze oder auch unter der Armutsgrenze fristen müssen? Ist das eine gerechte Politik? Ist das sozial und gerecht? - Nein, das ist es nicht!

Oder können Sie ruhig schlafen, wenn Sie allein die Entwicklung der Mindestsicherungsempfänger seit dem Jahr 2000 betrachten? Da lag es noch bei rund 40 000 Sozialhilfeempfängern oder Mindestsicherungsempfängern, mittlerweile sind es 144 000 Mindestsicherungsempfänger im rot-grünen Wien. Können Sie angesichts dieser Zahlen ruhig schlafen? Ist das gerecht, ist das sozial? - Nein, das ist es nicht!

Oder können Sie ruhig schlafen, wenn man sich die Zahlen der steigenden Kinderarmut anschaut, die sich allein seit 2005 in dieser angeblich sozialen Stadt verdoppelt hat? Ist das gerecht, ist das sozial? - Nein, das ist es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Oder allein die 30 000 Bürger in Wien, die auf der Suche nach einer Sozialwohnung sind und hier bislang keine bekommen, die von Ihnen getröstet werden und die im Endeffekt durch die Finger schauen: Ist das gerecht? Ist das eine sozial gerechte Politik? Ist das Ihr Kampf für soziale Gerechtigkeit? - Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann es wohl nicht sein!

Da frage ich mich schon: Ist Ihnen eigentlich klar, was Armut bedeutet? Das kann sich hier im Saal wahrscheinlich rein praktisch sowieso keiner vorstellen, Gott sei Dank! Aber andererseits müssen wir uns ja auch hineinversetzen in die Menschen, die von Armut betroffen sind. Da geht es nicht nur darum, sich etwas nicht leisten zu können - ja, das ist natürlich ein wichtiger Aspekt -, sondern da geht es auch darum, was das bedeutet.

Armut bedeutet nämlich auch eine deutlich höhere Säuglingssterblichkeit - auch in Wien, man mag es nicht glauben! Nicht nur in der Dritten Welt, dort natürlich viel mehr, aber auch in Wien. Armut bedeutet eine deutlich höhere Zahl an geborenen Kindern mit einem Gewicht von weniger als 2 500 g. Armut bedeutet eine zwei Mal höhere Sterblichkeitsrate durch Unfälle. Armut bedeutet sehr viel häufiger akute Erkrankungen oder auch eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen. Das bedeutet Armut - nicht nur in der Dritten Welt, sondern

auch in Wien, auch im rot-grünen Wien! Ich frage Sie: Können Sie angesichts dieser traurigen nackten Zahlen noch ruhig schlafen?

Wenn Sie mich fragen, woher diese Zahlen kommen: Die kommen nicht von der FPÖ, nein, die kommen von der Caritas! Die Caritas hat festgestellt, dass Armut auch in Wien zum Beispiel eine höhere Säuglingssterblichkeit bedeutet.

Da sieht man ja allein daran, dass das eben der beste Beweis dafür ist, dass sozialistisch alles andere als sozial ist. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Das Valorisierungsgesetz ist unsozial! Sie erzeugen Armut in dieser Stadt, Sie fördern die Armut in dieser Stadt, Sie verursachen die Armut, und so nebenbei importieren Sie noch mehr Armut mit Ihrer Zuwanderungspolitik. Genau damit muss Schluss sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jede Durchschnittsfamilie wird seit dem Regierungseintritt der GRÜNEN, seit 2010, mit 550 EUR pro Jahr mehr belastet; das sind rund 46, 47 EUR pro Monat. Das ist vielleicht für manche rote Bonzen oder grüne Bobos nicht sehr viel - Peanuts, würden sie sagen -, aber das ist für viele Familien leider sehr, sehr viel! Für Menschen, die etwa im Winter vor der Entscheidung stehen, ob sie eher heizen wollen, um nicht zu frieren, oder ob sie lieber essen sollen. Vor der Entscheidung stehen tausende Menschen hier in dieser Stadt: Kaufe ich mir etwas zu essen, oder drehe ich die Heizung rauf? Denn anders geht es nicht. Das ist keine Entscheidung, ja, ich mache beides, ich kaufe noch mehr und heize noch mehr, sondern entweder essen oder heizen!

Vor dieser Entscheidung stehen sehr, sehr viele Menschen in dieser Stadt, und da gehen Sie letzten Herbst her und streichen völlig unverständlichweise den Heizkostenzuschuss! Ja, den haben Sie einfach gestrichen, vor einem sehr, sehr langen und kalten Winter. Das konnte man vorher nicht wissen, keine Frage, aber prinzipiell: Allein den Heizkostenzuschuss zu streichen, der im Endeffekt die Stadt nur - unter Anführungszeichen - 6 Millionen EUR kostet, ist das eine soziale Politik? Ist das eine gerechte Politik? - Nein, das ist es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die Menschen hier im Winter nicht wissen, wie sie heizen sollen, und frieren müssen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber da träumt die Frau StRin Vassilakou völlig abgehoben davon, wie sie die Radwege grün einfärben kann, um 20 Millionen EUR oder mittlerweile vielleicht um über 30 Millionen EUR. Ja, das ist die soziale Politik der GRÜNEN: Am besten, die Radwege grün einfärben, vielleicht noch eine Heizung darunter, damit sie immer schön befahrbar sind, aber Hauptsache, die Menschen in den Wohnungen müssen frieren! Das ist die soziale Politik der GRÜNEN. Ich meine, schauen Sie doch einmal in den Spiegel; alles für die Radfahrer, die Radwege grün einfärben, und dann müssen die bedürftigen Menschen in dieser Stadt frieren - das kann es ja wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist eine völlig falsche Prioritätensetzung. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Ja, genau: beheizte Radwege!)*

Das ist realitätsfremd, Herr Kollege, es ist rücksichtslos. Aber Sie sind ja in einer Sache schon sehr kreativ, nämlich dann, wenn es darum geht, neue Gebühren zu erfinden, während das Valorisierungsgesetz die schon vorhandenen Gebühren weiter in die Höhe treibt. Seit dem Amtsantritt dieser rot-grünen Stadtregierung haben wir Mehreinnahmen von 1,1 Milliarden EUR anhand der Gebühreneinnahmen! 1,1 Milliarden EUR an Mehreinnahmen, die hier in den Stadtsäckel kommen. Trotzdem haben Sie es nicht geschafft, den Schuldenstand der Gemeinde zu verringern; im Gegenteil, er steigt mit Ende des Jahres auf 5 Milliarden EUR, ohne ausgegliederte Bereiche.

Wenn wir schon von den Wohnkosten und von den Betriebskosten in der Stadt Wien reden, wo Sie auch hier auf Ihren Plakaten affichieren und sich damit auch selbst entlarven: „Wir kämpfen für leistbares Wohnen.“ Niemand hat Sie daran gehindert, seitdem Sie in der Regierung sind in Wien! Das ist ja schon fast ewig, mit einer kleinen Unterbrechung. Niemand hat Sie daran gehindert, für leistbares Wohnen nicht nur zu kämpfen, sondern leistbares Wohnen umzusetzen!

Auch seit der Regierungsbildung 2006 oder 2007, seit es einen roten Bundeskanzler gibt, hat Sie niemand daran gehindert, für leistbares Wohnen zu kämpfen. Aber auch davor, bis zum Jahre 2000, hat niemand Sie von der SPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren, daran gehindert, für leistbares Wohnen zu kämpfen. Niemand hat Sie daran gehindert, und jetzt stellen Sie sich her, drei Monate vor der Nationalratswahl, und sagen: „Wir kämpfen für leistbares Wohnen.“, so als wären Sie in der Opposition. Anscheinend sind Sie ja in der Opposition gegen sich selbst, weil Sie selber nicht mehr wissen, wie Sie mit Ihrer Politik zurechtkommen. Sie bekämpfen ja schon Ihre eigenen Grundsätze und müssen dann affichieren, dass Sie für leistbares Wohnen kämpfen.

Da gibt es einen britischen Schriftsteller, Aldous Huxley, der gemeint hat ... (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Aldous!*) Oh, sorry, Mister Stürzenbecher, danke für die Korrektur! Aldous Huxley hat gesagt: „Es gibt Leute, deren Herzen gerade in dem Grad einschrumpfen, als sich ihre Geldbörsen erweitern.“ - Genau das trifft auf die rot-grüne Stadtregierung zu, genau das trifft auf Sie zu, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Natürlich ist eine der schärfsten Waffen der Ausbeutung und der Schaffung von weiterer Armut das Valorisierungsgesetz im rot-grünen Wien. Das wurde ja damals gegen den erbittertsten Widerstand der Opposition eingeführt, dieses unsoziale Gesetz. Auch die GRÜNEN waren damals dagegen, zu Recht - und jetzt sind sie voll dabei. Voll dabei, wenn es ums Abkassieren geht! Wenn es darum geht, noch mehr Armut zu schaffen, sind die GRÜNEN voll dabei.

Aber da sieht man ja, dass die GRÜNEN ihre Grundsätze seit dem Regierungsantritt von einem Tag auf den anderen, über Nacht über Bord geworfen haben. Es ist überhaupt nichts mehr zu spüren von sozialer Politik, überhaupt nichts mehr von Gerechtigkeit zu spü-

ren seitens der GRÜNEN. Das merken die Wähler, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wähler wissen auch eines, nämlich das, was der Rechnungshof festgestellt hat: dass es sich bei den meisten Gebühren in Wien schon um eine Art illegale Steuer handelt, weil die Gebühren nicht nur zur Kostendeckung verwendet werden, sondern mittlerweile auch ins allgemeine Budget fließen!

Das ist Ihre Methode der Geldbeschaffung, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil die Gebühren im Endeffekt als illegale Steuer missbraucht werden und hier der Überschuss ins allgemeine Budget fließt, damit Sie wiederum Ihre Radwege grün anstreichen können, damit Sie Ihre Vereine - wie das Amerlinghaus - finanzieren können, damit Sie Ihre völlig fehlgelaufenen Integrationsprojekte, die ja keine sind, finanzieren können, damit Sie in Wirklichkeit Ihre Parallelgesellschaft finanzieren können, damit Sie Ihre abgehobenen Vereine finanzieren können, die überhaupt nichts mehr mit den Interessen der Bürger zu tun haben. All das wollen Sie finanzieren mit den Steuer- und Gebührengeldern. Das wollen wir abstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollen wir abstellen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kommen wir kurz noch einmal zum Thema Wohnen zurück, wenn Sie sagen, Sie kämpfen für leistbares Wohnen. Allein die Müll- und Kanalgebühr wurde um 6 Prozent erhöht. Allein der Gaspreis ist um insgesamt 16 Prozent erhöht worden. Die Fernwärme ist um 17 Prozent erhöht worden. Das Wasser ist um 33 Prozent erhöht worden! Das glaubt Ihnen ja in Wirklichkeit international niemand, wenn das Wasser hier um 33 Prozent an Gebühren erhöht wurde.

Die Betriebskosten machen in Wien mittlerweile schon ein Drittel der Wohnkosten aus! Ein Drittel der Wohnkosten in Wien sind Betriebskosten, und was sagen Sie? Sie „kämpfen für leistbares Wohnen“? Sind Sie wirklich stolz auf diese Politik?

Ich frage Sie ganz ehrlich: Sind Sie stolz darauf, dass Sie die Mieten im Endeffekt nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch im privaten Bereich in die Höhe treiben? Dass wir mittlerweile Mietsteigerungen von 10 Prozent im Jahre 2012 und allein im 1. Halbjahr 2013 von 5 Prozent haben? Sind Sie stolz darauf, dass die Menschen sich das Wohnen in Wien nicht mehr leisten können? - Nein, darauf kann niemand stolz sein!

Wenn Sie jetzt plakatieren, Sie kämpfen für leistbares Wohnen und Sie kämpfen für soziale Gerechtigkeit, dann ist das ja nichts anderes, als wenn der Brandstifter versucht, Feuerwehr zu spielen. Der Brandstifter versucht, Feuerwehr zu spielen - das ist lachhaft, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das merken die Leute schon längst, dass das hier im Endeffekt keine seriöse Politik ist. Ich frage Sie: Wenn Sie wirklich für leistbares Wohnen für alle Bürger eintreten, wenn Ihnen das wirklich auch ein Bedürfnis ist, warum haben Sie dann nicht schon längst gegengesteuert? Warum haben Sie sich, sogar im Vergleich zu den privaten Miethaien, als Oberausbeuter erwiesen? Das ist Faktum! Warum stellen Sie jetzt praktisch Forderungen an sich selbst zu Problemen, die Sie längst schon hätten

lösen können und auch hätten lösen müssen? Warum?

Seien Sie sich ehrlich, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Grün: Das Valorisierungsgesetz, die ganzen Gebührenerhöhungen, die ganze Ausbeutung, die damit zusammenhängt, und auch die Erfindung von neuen Gebühren, das ist ja alles nur dazu da, um das rot-grüne PPP-Projekt für Wien zu finanzieren. Das rot-grüne PPP-Modell für Wien, nämlich: Postenschacher, Proporz und Privilegien! Dazu ist das alles gemacht worden, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Beifall bei der FPÖ.*), um Ihre Skandale mit Steuergeld unter den Teppich zu kehren, um Ihre Steuergeldverschwendung und die Fehlspekulationen der Stadt unter den Teppich zu kehren!

Wenn die 1,1 Milliarden an Zusatzeinnahmen durch Gebührenwucher und auch die laufende neue Verschuldung und Verarmung der Bürger nicht ausreichen, dann erfinden Sie neue Einnahmequellen. Da werden die Parkpickerlzone ausgedehnt, das bringt wieder 180 Millionen EUR pro Jahr. Da planen Sie eine Infrastrukturabgabe, die zwar auch die Mieten in die Höhe schrauben, aber Ihnen wieder die Möglichkeit geben wird, Ihre laufend teurer werdenden, ja, auch Skandale und Misswirtschaft zu finanzieren. Wenn das noch immer nicht ausreicht, dann haben Sie auch eine U-Bahn-Steuer im Talon oder die Erhöhung der Grundsteuer in der Schublade.

All das, meine Damen und Herren, ist unsozial, es ist ungerecht! Sie vergrößern die Armut in Wien. Sie fördern die Armut in Wien. Sie zerstören den Mittelstand in Wien! Der Mittelstand zerbröckelt, und Sie verhätscheln in Wirklichkeit die Reichen in Wien.

Genau diese Politik gehört abgestellt! Deswegen bringen wir Freiheitliche heute den Antrag ein, dass das Valorisierungsgesetz ersatzlos abgeschafft wird. Dieses Valorisierungsgesetz gehört ersatzlos gestrichen! Wenn Sie noch einen Funken von sozialer Verantwortung in sich ruhen haben, einen kleinen Funken, dann stimmen Sie heute diesem Antrag zu, damit die Armut in Wien glaubhaft bekämpft wird, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die Debatte ist somit eröffnet. Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für den Erstredner jeder Fraktion 30 Minuten beträgt. Die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Mag Holdhaus gemeldet. - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Abgeordnete!

Wenn man Wasser-, Abwasser- und Müllentsorgungsgebühren zusammenzählt, erwirtschaftete die Stadt Wien vergangenes Jahr insgesamt einen Überschuss von knapp 150 Millionen EUR. Wenn man derart hohe Überschüsse erwirtschaftet, ist es für die Wienerinnen und Wiener völlig unverständlich, dass es weiterhin automatische Gebührenerhöhungen geben soll. (*Beifall bei der ÖVP.*) So Vassilakou abschließend. - Auszug

einer OTS von 21. August 2008!

Damals unterstützten Sie, liebe grüne Kollegen, das Verlangen auf Einberufung eines Sonderlandtages zur Abschaffung des Valorisierungsgesetzes. Heute, fünf Jahre später und nach knapp drei Jahren in der Regierung, ist auch hier von den GRÜNEN keine Kritik zu hören. Sie beteiligen sich rege am Gebührenwucher der Stadt Wien, anstatt die Rolle der Aufdecker einzunehmen, die sich Ihre Bundesobfrau auf Bundesebene zuschreibt. Heißt es auf Bundesebene, Eva Glawischnig deckt auf, lautet das Motto in Wien: Maria Vassilakou deckt zu! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, machen sich mitverantwortlich für die schamlose Abzocke am Wiener Steuerzahler. Man kann es leider nicht oft genug hören und betonen - Wasser: plus 33 Prozent; Erdgas: plus 15,6 Prozent; Hundesteuer: 65 Prozent; Kurzparken: plus 66,6 Prozent; ORF-Landesabgabe: plus 14,5 Prozent; Wiener U-Bahn-Steuer: plus 177 Prozent; Müll: plus 19,5 Prozent; Einzelfahrschein der Wiener Linien: plus 5 Prozent; Monatskarte der Wiener Linien: plus 10 Prozent!

Da können Sie noch so beschwichtigen und hinkende Vergleiche anführen: Diese Erhöhungen haben nichts mit Inflationsausgleich zu tun, diese Erhöhungen sind maßlos. Sie sind maßlos! Und weil Sie maßlos sind, verlangen wir die sofortige Abschaffung des Valorisierungsgesetzes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wien hat ein explodierendes Budgetdefizit, mit über 10 Prozent die höchste Arbeitslosenrate in Österreich und ein stagnierendes Wachstum. Wir haben es schon gehört: Für 17 Prozent der Wiener Bevölkerung besteht ein Armutsrisiko - das ist um 5 Prozentpunkte über dem Österreichwert -, es gibt hier 144 000 Mindestsicherungsbezieher. Gleichzeitig greifen Sie schamlos in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger! Sogar Ihr selbsternanntes Vorzeigeprojekt, die verbilligte Jahreskarte, ist in erster Linie eine Augenauswischerei (*Beifall bei der ÖVP.*), denn den Zuschuss für die Wiener Linien in der Höhe von 730 Millionen EUR zahlt jeder Steuerzahler in Wien, ganz egal, ob er die Öffis verwendet oder nicht.

Ja, es stimmt, mit dem Valorisierungsgesetz 2007 haben Sie sich die gesetzliche Legitimation für Gebühren- und Abgabenerhöhungen gegeben. Aber was ist mit Ihrer moralischen Verpflichtung? Wo haben Sie Ihre moralischen Ansprüche an sich selbst und gegenüber den Wienerinnen und Wienern abgegeben? - Denn das Verwerfliche daran ist weniger, dass es dieses Gesetz gibt, sondern vielmehr, dass Sie diese Legitimation schamlos ausnutzen und weit über einem angemessenen und damit gerechtfertigten Ausmaß in die Taschen der Wienerinnen und Wiener greifen.

Fakt ist, dass die rote Stadtregierung zwischen 2001 und 2010 mehr als 1 Milliarde EUR zu viel an Gebühren kassiert hat. Zu viel! 2011: Überschüsse 92,7 Millionen. 2012: wieder 131,5 Millionen Überschüsse allein aus Wasser/Müll, ohne Kanal.

Der Appetit auf die Brieffaschen der WienerInnen ist noch lange nicht gestillt, es ist Ihnen immer noch zu wenig! Ab 1. Juli - ich erinnere daran: die letzte Erhö-

hung war erst am 1. Mai 2012 - soll der Einzelfahrschein zukünftig 2,10 EUR statt bisher 2 EUR kosten. Die Wochenkarte kommt dann auf 15,80 statt 15 EUR, die Monatskarte auf 47 statt 45 EUR. 12 Monate nach der letzten Erhöhung!

Fassungslos bin ich eigentlich darüber, dass um 11.05 Uhr eine APA-Meldung kommt, in der für 2014 weitere Tarifierhöhungen um 4,4 Prozent für Wasser, Abwasser und Müll angekündigt werden. *(Beifall bei der ÖVP und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)* 5 Minuten nach Beginn dieser Debatte kommt so eine APA-Meldung heraus! Wenn nicht das einmal mehr verdeutlicht, wie ignorant diese Stadtregierung ist, dann gibt es eigentlich kein besseres Beispiel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit diesem Geldbeschaffungs-Perpetuum-mobile haben Sie sich einen Freibrief für Ihre Budgetpolitik des Geldverschwendens geschaffen, die wir und die WienerInnen zu Recht kritisieren. Anstatt endlich für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen, verlässt sich die Rathauskoalition lieber auf Erhöhungen der Gebühren, um so die Budgetdefizite gerade noch finanzierbar zu halten. Sie prahlen ständig mit der hohen Lebensqualität Ihrer Stadt, und wie toll doch der Versorgungsapparat funktioniert. Wo in Österreich, bitte, funktioniert dieser nicht? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil Sie aber im Gegensatz zu anderen Städten den Wettbewerb fürchten, rekommunalisieren Sie alles, was geht, schaffen Sie Monopolsituationen. Damit es den Bürgern besser geht? - Nein, damit es Ihnen besser geht! *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie tun es, damit Sie Preis und Leistung diktieren können, weil der Bürger nicht mehr die Wahl hat, sondern auf Grund der kommunalen Monopole diese in Anspruch nehmen muss. Die Situation wird dadurch weiter verschärft, dass Sie nur darüber nachdenken, wie Sie die Einnahmen erhöhen können, aber leider nicht, wie Sie die Ausgaben senken können. Das ist unsozial, das ist Abzocke!

Bei Ihnen - das wurde auch schon angesprochen - gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Gebühr und Steuer. Sie verwenden eine Gebühr als finanzpolitisches Steuerungsmittel. Beispiel: Sie verkaufen die Erhöhung der Parkscheingebühr als eine verkehrspolitische Lenkungsmaßnahme; tatsächlich ist dies eine Abzocke zur Finanzierung des Stadtbudgets. Weil das nicht reicht, musste ein weiterer Geldflusskanal gefunden werden: die Ausweitung des Parkpickerls. Was kommt als Nächstes?

Es ist Ihnen daher vorzuwerfen, dass Sie die Unterschiede zwischen Steuer und Gebühr verwischt haben und zum Beispiel die Müll-, Abwasser- und Wassergebühr seit Jahren als zusätzliche Steuereinnahme betrachten, daher auch das Geld, das das Umweltressort auf Grund der Gebührenüberschüsse erwirtschaftet, in das allgemeine Budget fließen lassen. Wenn ich dann lese, allfällige Überschüsse werden definitiv nicht zur Budgetsanierung genutzt, vielmehr würden diese Gelder reinvestiert, zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen, dann frage ich, wo, und fordere Transparenz. Ich frage mich weiters: Wovor fürchten Sie sich? Warum verweigern Sie ein transparentes Budget? Warum verheimli-

chen Sie uns und den WienerInnen Einblick in die Finanzen der ausgegliederten Unternehmen?

April 2010, Kollege Margulies: Das Wiener Budget ist beispielhaft für seine Intransparenz. Das alles kritisiert nicht nur die Opposition, sondern auch der Rechnungshof. Wir von der Opposition sind es gewöhnt, dass Sie jeder Kritik reflexartig eine hinkende Jubelmeldung entgegenwerfen, auf echauffiert machen, alles als unsachlich abtun und dabei selbst gerne in die tiefste Schublade greifen. Dass Sie auch die Rechnungshofkritik als solche abtun, zeigt Ihre fehlende Verbesserungsbereitschaft, Ihre Überheblichkeit und Ihr Schuldgefühl. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Faktum ist: Sie verschwenden Geld der Wienerinnen und Wiener, versuchen, sie mit Zwangsbeglückungen zu betören, und reden ihnen ein, dass Sie nur das Beste für sie wollen. Die Wahrheit ist leider eine ganz andere: Sie wollen das Beste für sich! Der Wiener ist für Sie in erster Linie Geldbeschaffer, damit Sie in Ihrem Wien walten können; gestalten tun Sie leider schon lange nicht mehr. *(Abg Mag (FH) Tanja Wehsely: ... bitte! - Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Wer schreibt Ihnen so unsinnige Reden?)*

Diese rot-grüne Stadtregierung zeichnet sich durch Geldverschwendung, Schönfärberei und Intransparenz aus. Die ÖVP fordert daher eine klare Gebührentransparenz und Kostenwahrheit. Wir fordern eine Gebührenbremse und einen Automatismus bei Gebührensenkungen, und bei etwaigen geringeren Kosten, diese Ersparnis an die Bürger weiterzugeben. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Ein bisschen eine Lesestunde heute!)*

Na ja, anscheinend stört es Sie; dann bin ich ja ohnehin auf dem richtigen Weg. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Ernst Woller: Es muss Ihnen ein fürchterliches Anliegen sein! So lustlos, wenn Sie das so lustlos vorlesen!)* Aber es ist schön, von Ihnen Emotionen zu sehen, denn normalerweise sieht man ja bei den Maßnahmen, die Sie setzen, wenig Emotionen.

Das wäre fair, transparent und ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit gegenüber den WienerInnen. Ich schließe wieder mit einem Zitat der GRÜNEN, auch diesmal wieder von Kollegen Margulies: „Automatische Gebührenerhöhungen sind unsozial und budgetpolitischer Unfug.“

Das Valorisierungsgesetz ist eine beispiellose unsoziale Abzockerei! Daher bringen wir, Bernhard Dworak und ich, den Beschlussantrag auf Aufhebung des Valorisierungsgesetzes zur sofortigen Abstimmung ein. - Sie sind erlöst. *(Beifall bei der ÖVP. - Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dipl-Ing Margulies. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich, gleich direkt antworten zu können, denn vorweg: Ich sehe im Valorisierungsgesetz nicht der Weisheit letzten Schluss. Das ist nach wie vor meine Meinung. Aber - und dieses Aber ist ganz, ganz wesent-

lich! - es hat sich einiges geändert seit 2007! (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Es hat sich einiges geändert. Kennen Sie den Unterschied im Budget? - 2007, vor der Wirtschaftskrise, hatten wir einen Budgetüberschuss in der Größenordnung von 250 Millionen EUR, und zu diesem Zeitpunkt, als die Gemeinde Wien Überschüsse machte, ist dieses Zitat gefallen.

Jetzt, nach der Wirtschaftskrise, ist es kein Wunder, dass Kollege Gudenus genau das Jahr 2010 zitiert, wo die Ertragsanteile ins Bodenlose gefallen sind, wo wir in Wirklichkeit im Jahr 2010 (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wo sind sie jetzt?*), im Jahr 2010, verglichen mit den Jahren davor, erhebliche Einbußen hinnehmen mussten. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Kreativ in den Ausreden ist er schon, der Kollege!*) Jetzt - nur um auch das richtigzustellen, Kollege Aichinger - sind wir mit den Ertragsanteilen inflations- beziehungsweise indexbereinigt auf demselben Niveau wie 2008. Die Delle, die die Wirtschaftskrise in die Finanzen der Stadt Wien geschlagen hat, wurde dadurch überhaupt nicht aufgeholt. Aber es gab einige grundlegende Weiterentwicklungen in der Stadt, zum Beispiel den Gratiskindergarten.

Nur, um das einmal darzustellen: Die Nettoausgaben der Stadt Wien für den Kindergarten im Jahre 2007, also Ausgaben abzüglich Einnahmen, betragen 310 Millionen EUR. Jetzt gibt es den Gratiskindergarten - als einziges Bundesland, als einzige Kommune - von null bis sechs Jahren. Die Ausgaben der Stadt Wien in diesem Bereich betragen 588 Millionen EUR. Warum ist das teurer geworden? - Weil auch das erwünschte Ziel erreicht wurde: dass mehr Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind, dass mehr Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen unterstützt werden und selbstverständlich auch, dass im Bereich der privaten Kinderbetreuung de facto dieselben Förderungen gegeben werden wie in Kindergärten der öffentlichen Hand.

Ja, das sind 270 Millionen an Mehrausgaben! Wenn Sie wollen, dass das wekommt, dann heißt das: Gratiskindergarten ade! So, wie Sie es überall dort, wo Sie regieren, auch gemacht haben. Denn es gibt keinen Gratiskindergarten von der Krippe bis zu sechs Jahren in einem anderen Bundesland als in Wien, in einer anderen Gemeinde als in Wien! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Jetzt komme ich zurück auf Wien und habe tatsächlich eine Frage an Sie, denn die Welt lebt nicht im Vergleich. (*Abg Ing Isabella Leeb: Ja, genau!*) Wikipedia weist momentan 74 Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern und Einwohnerinnen aus. Das kann sich in den letzten Stunden geändert haben, wird aber momentan so ausgewiesen. Nennen Sie mir bitte eine einzige Gemeinde mit einem ÖVP-Bürgermeister oder -Bürgermeisterin, einem FPÖ-Bürgermeister oder -Bürgermeisterin (*Abg Heinz Hufnagl: Da gibt es ganz wenige!*), wo die Gebühren - und jetzt rede ich einmal nicht über Familien, denn dort, wo die Kinder sind, wissen wir, dass es durch den Gratiskindergarten günstiger ist, sondern nehmen wir eine einzige, alleinstehende Person, Single, 30 Jahre, in einer 50-m²-Wohnung oder einem 50-m²-Haus -, wo für diese Person Wasser, Müll

und Abwasser zusammen günstiger wären als in Wien!

Nennen Sie mir eine einzige Gemeinde mit einem ÖVP-Bürgermeister oder einer FPÖ-Bürgermeisterin, in der das günstiger wäre als in Wien - Sie haben sich doch damit beschäftigt! Sie reden ständig von Abzocke und Wucher, und dann kommt man drauf: In Wien ist es am günstigsten. (*Abg Ing Isabella Leeb: Eggenburg!* - *Abg Mag Dietbert Kowarik: Schon lustig ... - Weitere Zwischenrufe.*)

Eggenburg? (*Abg Ing Isabella Leeb: Ja!*) Ich schaue es mir nachher an. Wenn es so ist ... (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Ihnen ist es wichtig! Sie echauffieren sich ja! - Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Nein, nein, noch einmal: Mir ist es wichtig, ich würde mich ja freuen, wenn es viele gibt. Ich habe auch nicht jede einzelne der 74 Städte kontrolliert, aber ich würde mich freuen, wenn es viele gibt. Beim ersten Durchsehen habe ich tatsächlich keine gefunden. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wenn jetzt Eggenburg - ich werde es mir nachher sofort anschauen - die einzige Gemeinde ist, dann werden wir nachschauen, ob wir es schaffen, uns an Eggenburg zu orientieren. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Nächster Punkt, im Bereich der Gebühren, weil das immer wieder kommt: Kindergarten, wie gesagt, haben wir meines Erachtens schon abgehandelt, jetzt kommen wir zum öffentlichen Verkehr. Der ist natürlich schwer zu vergleichen. Der öffentliche Verkehr von Wien ist eigentlich nicht mit dem öffentlichen Verkehr einer anderen Stadt, das auf gar keinen Fall, möglicherweise mit dem eines anderen Bundeslandes zu vergleichen. (*Abg Mag (FH) Tanja Wehsely: Mit Eggenburg, denn dort ist es günstig!* - *Abg Mag Rüdiger Maresch: Mit Eggenburg!*)

Nein! Ich sage jetzt bewusst Nein, weil ich die Frage ernst gemeint habe. Ich finde es nicht böse, wenn Wien nicht das Allerallerbeste überall ist, in jedem einzelnen Bereich, den es gibt. Ich finde das nicht so tragisch, ich sage das ganz offen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wenn Eggenburg tatsächlich die einzige Gemeinde mit über 10 000 Einwohnern in Österreich ist, wo ein ÖVP-Bürgermeister ist, der günstigere Wasser- und Müllgebühren hat, dann, finde ich, lohnt sich tatsächlich das Auftreten der ÖVP. Denn: Wien muss Eggenburg werden - ich sehe es nicht ganz, aber ... (*Heiterkeit bei der ÖVP.* - *Abg Mag Rüdiger Maresch: Wien muss Eggenburg werden?*)

Ich finde, man soll es zur Kenntnis nehmen, und man soll sich damit auseinandersetzen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Die Hitze wirkt sich aus!*) Aber es zeigt sich: Selbst für die ÖVP ist es nicht so einfach, etwas zu finden. Kollegin Leeb, glaube ich, schaut, oder tippt sie nur so? - Sie schaut. Sie wird mir möglicherweise noch eine zweite Gemeinde zurufen. Aber wenn Sie zehn ÖVP-Bürgermeister-Gemeinden haben, die teurer sind, schreien Sie bitte auch: Hier! Das ist wahrscheinlich schneller zu finden als ein zweite, die günstiger als Wien ist.

Nichtsdestoweniger kommen wir zurück zum öffentlichen Verkehr. (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Sie können nicht eine kleine Gemeinde mit einer Großstadt vergleichen!*) Nein, öffentlicher Verkehr: Wir wissen schon, den

öffentlichen Verkehr in Wien so abzuwickeln, dass es in Wirklichkeit gelingt (*Abg Mag Dietbert Kowarik: ... aber fadisieren Sie uns nicht, Herr Kollege!*), immer mehr Menschen kostengünstiger und umweltschonender zu transportieren, das ist eine Leistung! Gleichzeitig die Monatskarte und die Jahreskarte - und Sie nehmen gerne die Monatskarte ... (*Abg Mag Rüdiger Maresch, zum Rednerpult tretend: Eggenburg hat 3 500 Einwohner!*)

Oh, Kollegin Leeb, Eggenburg hat ja nur 3 000 Einwohner. (*Zwischenrufe bei ÖVP und GRÜNEN.*) Nein, ich habe gesagt, über 10 000 Einwohner. Macht aber nichts ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Darf ich bei aller kühlen Emotion ersuchen, ein bisschen mehr Rücksicht auf den Redner zu nehmen? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*fortsetzend*): Ich sage jetzt ganz bewusst, ich finde es prinzipiell auch total okay, wenn man unterschiedliche inhaltliche Positionen hat, diese offenzulegen. Jetzt können wir das bei der Frage Mobilität nämlich gerne machen.

In einem gebe ich Ihnen tatsächlich recht, der Frage der Parkgebühren, der Kurzparkzonen, des Parkpickerls - Parkpickerl haben wir gesenkt, die Kurzparkzonen sind teurer geworden -: Das ist tatsächlich eine politische Entscheidung. Denn die Parkometerabgabe - Sie werden mir recht geben - wird für ein Recht bezahlt, nicht für eine Leistung. So ist es überall anders auch, viele, viele andere Städte haben Parkraumbewirtschaftung, verlangen Parkgebühren et cetera. Es wird für ein Recht bezahlt und nicht für eine Leistung.

Was ist für uns dahintergestanden? Für uns dahintergestanden ist das klare Ziel, Öffis günstiger zu machen und gleichzeitig Sorge dafür zu tragen, dass der öffentliche Verkehr natürlich auch finanzierbar bleibt, weiter ausgebaut wird und gleichzeitig - ja, dazu stehen wir! - der Verkehr in Wien reduziert wird.

Wenn man heute durch Wien geht, gerade an Tagen wie in der letzten Woche mit 35, 36, 37 Grad, dann merkt man zwar, wie die Leute unter der Hitze stöhnen - aber trotzdem atmet Wien auf, denn wir waren erfolgreich! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das läuft unter ...*) Der motorisierte Individualverkehr hat sich in Wien deutlich reduziert. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Damit reduziert hat sich die Lärmbelastung der Wienerinnen und Wiener, damit reduziert hat sich die Umweltbelastung der Wienerinnen und Wiener. Jeder Einzelne, jede Einzelne - das wird ja oft vergessen -, der oder die in Wien gegenwärtig das Auto benützt, benützen muss, kommt schneller und leichter und besser voran, findet schneller und leichter - zumindest in all jenen Bereichen, wo es schon Parkraumbewirtschaftung gibt - einen Parkplatz.

Das ist ein riesiger Vorteil für die Wirtschaft! Denken Sie zurück, was es für den Wirtschaftsverkehr im Schnitt bedeutet, statt zwei Mal um einen Häuserblock zu kurven und zehn Minuten Parkplatz zu suchen (*Abg Mag Wolfgang Jung: Installateure ...*), vorzufahren und stehen zu bleiben. Der Installateur - wissen Sie, was eine Installateurstunde kostet? Wahrscheinlich schon: Im Normalfall

um die 70 EUR, im Großen und Ganzen. (*Abg Mag Dr Barbara Kappel: Fragen Sie einmal die Installateure ...*) Dann fragen Sie einmal, und lassen Sie sich nicht von Ihrem Installateur hineinlegen, der in der Kurzparkzone den Schein um 2 EUR für eine Stunde reinlegen kann, de facto vorm Haus steht, früher jedoch 10 Minuten lang einen Parkplatz gesucht hätte. Bei einem Installateurtarif von 70 EUR die Stunde sind das 7 EUR!

Also: Jeder Handwerksbetrieb - im Schnitt -, der tatsächlich einen Auftrag in einer parkraumbewirtschafteten Zone zu erledigen hat, fährt à la longue billiger. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es ist so wie überall: Jeder wird einen Einzelfall finden, wo es anders ist. Jeder wird so einen Einzelfall finden. (*Abg Ing Isabella Leeb: Es ist nicht weniger Verkehr, und es kostet mehr!*) Bitte, okay, man kann die Augen zumachen ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Herr Abg Margulies, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Ich rechne die Zeit ein.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*fortsetzend*): Das macht nichts! Ich unterhalte mich gern mit der Kollegin!

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Bitte, ich wiederhole mich, ich ersuche zu den Zwischenrufen, die meistens gleichzeitig von mehreren Abgeordneten stattfinden: Kein Mensch kann sie mehr hören oder verstehen.

Erstens einmal geht es auch darum: Bei Zwischenrufen gibt es auch die Möglichkeit einer entsprechenden Sanktion. Zum Beispiel „völliger Schwachsinn“ bitte ich in Zukunft nicht mehr, auch nicht bei Zwischenrufen, von sich zu geben. Bitte, Frau Abg Leeb, das waren Sie. (*Abg Ing Isabella Leeb: Ja, danke!*)

Bitte, Herr Abg Margulies.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*fortsetzend*): Das möchte ich selbstverständlich auch zurückweisen. Nichtsdestoweniger, Herr Präsident, habe ich ohnehin einen Vorteil: Ich habe das Mikrofon, aus der Bank wird lediglich zwischengerufen. Insofern glaube ich, dass ich mir schon zu helfen weiß.

Ich würde jetzt gerne auch darauf eingehen, wie die Diskussion geführt wird. Wir haben gesehen, es gibt bislang österreichweit keine einzige Gemeinde mit einem ÖVP- oder FPÖ-Bürgermeister mit über 10 000 Einwohnern, die - also es gibt Gott sei Dank nur mehr ganz wenige, wo ein FPÖ-Bürgermeister ist, das ist der Vorteil. Aber ÖVP-Bürgermeister/Bürgermeisterinnen-Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern gibt es viele. Noch wurde keine einzige Gemeinde reingerufen, wo die Gebühren - Wasser-, Abwasser-, Müllgebühren - günstiger wären als in Wien.

Ich glaube also, für die absolute Höhe - das halten wir hoffentlich einmal alle gemeinsam fest -, für die absolute Höhe der Wasser-, der Abwasser- und der Müllgebühren braucht sich Wien nicht zu genieren, vor niemandem! Sie beschäftigen sich ewig mit diesem Zeug, aber es fällt Ihnen keine Gemeinde ein. Wir müssen uns nicht genieren, und das freut mich.

Da sage ich ganz bewusst, das freut mich, denn es dokumentiert tatsächlich nicht nur die qualitativ hochwertigen Leistungen, die die Stadt Wien bietet. Da reden wir

noch gar nicht sozusagen über das 1A-Wasser, das wir tatsächlich jeden Tag zum Trinken haben. Die qualitativ hochwertigen Leistungen wie die Müllabfuhr: In kaum einem anderen Bundesland, in kaum einer anderen Gemeinde erfolgt wirklich eine so professionelle Abfallentsorgung wie in Wien. Man kann also auch irgendwann einmal mit dieser ganzen Motzerei und Suderei aufhören und ein bisschen stolz auf unser Wien sein! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Jetzt kommt natürlich zwischendurch auch noch ein bisschen der Populismus durch. Zum Beispiel Herr Gudenus: Heute hat er andere Zahlen genannt, in seiner Presseaussendung von vor einer Woche spricht er noch, glaube ich, von 1 787 EUR pro Jahr, damit belastet Rot-Grün seine Bürger zusätzlich. In Ihrer Presseaussendung ... *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Seit 2006, ja!)* Nein, pro Jahr, steht in der Presseaussendung. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja! Seit 2006!)* Lesen Sie Ihre eigene Presseaussendung: „mit 1 787 EUR pro Jahr zusätzlich belastet“!

1,7 Millionen Einwohner mal 1 787 EUR ergibt ungefähr 3 Milliarden Zusatzeinnahmen jährlich aus Gebühren! Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, wo versteckt ihr die 3 Milliarden vor eurem Koalitionspartner? *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das frage ich mich auch, ja!)* Oder gibt es sie nicht, sind sie eine Erfindung des Herrn Gudenus? - Ja, es ist eine Erfindung des Herrn Gudenus. Es gibt keine 3 Milliarden Zusatzeinnahmen, wie der Herr Gudenus per OTS ausschickt und glaubt, irgendwer wird es schon merken, Hauptsache, wir patzen an. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Seit 2006 aber schon!)*

Lesen Sie Ihre eigenen Aussendungen! Da steht nichts von 2006 und seit 2006. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ist aber so!)* Da steht wortwörtlich: „Seit Amtsantritt von Rot-Grün werden Bürger mit 1 787 EUR pro Jahr zusätzlich belastet.“ *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Fortschreibung seit 2006, ja!)* Na ja, Sie erfinden, pro Jahr heißt, seit 2006, das heißt, pro Jahr sind in Wirklichkeit acht Jahre! Okay, das ist die Mathematik der FPÖ: Ein Jahr ist acht Jahre. Ja, so rechnen Sie! *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Haben Sie meiner Rede zugehört?)* So rechnen Sie, und so versuchen Sie tatsächlich, den Menschen zu erklären, dass irgendetwas günstiger oder irgendetwas teurer ist. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Haben Sie meiner Rede zugehört?)*

Aber seien Sie mir nicht böse, Herr Gudenus! *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich bin Ihnen nicht böse!)* Es muss nicht jeder technische Mathematik studiert haben, das ist nicht notwendig. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, und was, bitte?)* Aber es würde reichen, wenn Sie die Grundrechnungsarten lernen! Das würde tatsächlich reichen, und wir könnten uns gemeinsam politisch unterhalten. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Es würde reichen, wenn Sie meiner Rede zuhören!)* Also lassen Sie das bitte für die Zukunft einfach weg. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Zuhören! Respekt!)*

Wir haben die wesentlichen Punkte meines Erach-

tens tatsächlich abgehandelt. Zum Abschluss möchte ich Ihnen aber noch eine Gemeinde nicht vorenthalten, weil sie sich rühmt, schon seit zehn Jahren die Müllgebühren nicht erhöht zu haben. Wissen Sie, welche Gemeinde das ist? - Eisenstadt! In Eisenstadt wurden seit zehn Jahren die Müllgebühren nicht erhöht. Seit 10 Jahren liegen die Müllgebühren um mehr als 80 Prozent über dem, was die Stadt Wien jetzt verlangt! Das ist Körbergeld, meine Damen und Herren, und ich würde mir wünschen, dass Sie sich selbst bei der Nase nehmen. - Danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dr Aigner. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Wien atmet auf.“, haben wir gerade gehört. Ich weiß nicht, wo Kollege Margulies in den letzten Tagen geatmet hat - ich in überhitzten und überfüllten, nicht klimatisierten öffentlichen Verkehrsmitteln. Ich sage Ihnen, da ist mir die Luft zum Atmen ausgegangen! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Wenn man dann daran denkt, dass heute in jedem Fiat 500 standardmäßig eine Klimaanlage drinnen ist - das ist ein Kleinstauto, wo die Klimaanlage wahrscheinlich die halbe Motorleistung in Anspruch nimmt -, frage ich mich wirklich, warum man die Wienerinnen und Wiener in den fahrenden Glashäusern durch die Stadt fahren lässt und hier nicht auch um mehr Komfort und um mehr Bürgerfreundlichkeit bemüht ist.

Aber zum Thema der Valorisierung: Ich habe da einen etwas anderen Zugang. Ich glaube, dass es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht um ein parteipolitisches Hickhack gehen soll - wer nimmt den Bürgern mehr Geld aus der Tasche? -, sondern um die Frage: Wie kann man in Zeiten, in denen Lohnerhöhungen wirtschaftlich schwer durchzubringen sind, schwer zu machen sind, den Menschen Entlastung bieten? *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Dieser Ansatz fehlt eigentlich völlig. Wir stehen im Banne des ÖGB-Kongresses, und es ist natürlich die Aufgabe der Gewerkschaft, für Lohnerhöhungen zu kämpfen. Aber selbstverständlich ist es in dem wirtschaftlichen Umfeld, in dem wir uns befinden, nicht einfach, Lohnerhöhungen a) auszuhandeln und b) dann auch zu erwirtschaften. Wir haben nichts davon, wenn 5 Prozent mehr Lohn dazu führen, dass wir 3 Prozent weniger Beschäftigte haben und dann die Lohnsumme insgesamt erst recht nicht steigt. Daher wäre es die Aufgabe von uns allen, der gesamten Politik, dafür Sorge zu tragen, dass dem Bürger von einem nicht größer werdenden Bruttobetrag möglichst viel netto bleibt, das er ja dann wiederum ausgeben kann! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Dieser Ansatz kommt irgendwie völlig zu kurz. Wir werfen uns gegenseitig vor, wer wem mehr Geld aus den Taschen zieht. Ich sage, ich bin auch dafür, dass öffentliche Leistungen ihren Wert haben; die müssen auch finanziert werden, das ist ja überhaupt keine Frage. Aber man soll trotzdem darüber nachdenken, ob man hier mit

einer Automatik nicht falsche Signale setzt.

Da ist ja die Stadt und das Land Wien jetzt überhaupt nicht auf der Eselsbank zu finden, sondern das fängt schon auf Bundesebene an. Wenn wir uns das anschauen: Wir haben automatische Valorisationen überall dort, wo den Bürgern etwas weggenommen wird. Es wird Jahr für Jahr automatisch die Geringfügigkeitsgrenze angehoben.

Es wird Jahr für Jahr automatisch die Höchstbeitragsgrundlage angehoben, die dazu führt, dass von einem immer höheren Einkommen Sozialbeiträge zu zahlen sind. Im heurigen Jahr - im letzten Jahr beschlossen - hatten wir sogar eine außertourliche Anhebung, die dazu führt, dass selbst bei eingefrorenen Bruttobezügen - wir Gemeinderäte wissen davon ein Lied zu singen - immer weniger netto übrig bleibt. Da gibt es eine Automatik.

Es gibt eine Automatik bei der Rezeptgebühr, diese beträgt mittlerweile 5,10 oder 5,20 EUR und wird jedes Jahr angehoben. Die Autobahnvignette, ist jetzt wieder verkündet worden, wird auch angehoben. Die Passgebühren werden automatisch angehoben, und so weiter.

Nicht angehoben werden andere Dinge. Mit dem gleichen Valorisierungsfaktor, mit dem man die Gebühren anhebt, könnte man ja auch andere Dinge anheben, etwa das amtliche Kilometergeld. Na, das lässt sich die hohe Politik nicht entgehen: Der Bürger bekommt jahrelang das gleiche Kilometergeld, das gleiche Pendlerpauschale! Wenn dann ein wahlkämpfender Landeshauptmann glaubt, er braucht ein paar Millionen mehr, dann wird das sozusagen in einem Gnadenakt singulär, temporär angehoben.

Ich frage mich: Wenn man die Rezeptgebühr Jahr für Jahr anheben kann, wenn man alle anderen Dinge, die den Bürger Geld kosten, Jahr für Jahr anheben kann, warum kann man nicht auch das Kilometergeld genauso dynamisieren und valorisieren?

Das Ärgste, wovon alle Gebietskörperschaften profitieren, ist die Nichtvalorisierung der Steuerstufen. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen in immer höhere Steuerstufen hineinkommen. Das ist eigentlich wirklich ein Skandal!

Da profitieren natürlich alle Teile des Staates. Das ist zwar eine Bundessteuer, aber über den Finanzausgleich und so weiter profitieren letztendlich alle davon. Das ist die berühmt-berüchtigte kalte Progression. So gut kann der ÖGB oder wer auch immer gar nicht verhandeln, dass man diesen Effekt sozusagen ausgleicht. Dieser führt dazu, dass der Staat mehr oder weniger einen automatisch immer stärker werdenden Zufluss an Steuermitteln hat.

Jetzt könnte man sagen, ja, wenn dann wenigstens das Budget ausgeglichen wäre! Wenn diese immer steigende Abgabenbelastung - immer weniger vom gleichbleibenden Brutto - dazu führt, dass das Budget ausgeglichen ist! Aber es ist leider nirgendwo ausgeglichen. Wir brauchen immer noch Extrasparpakete, dennoch klafft das Ganze auseinander.

Wenn dann, wie es jetzt tragischerweise passiert ist, ein großes Unternehmen in die Pleite schlittert, dann

muss sich der Insolvenzentgeltsicherungsfonds gleich wieder verschulden. Wir haben also nicht einmal für solche Dinge eine Reserve, wo man sagen kann, da können wir hineingreifen. (*Abg Heinz Hufnagl: Weil er von Ihren früheren Parteifreunden ausgeräumt worden ist, Herr Kollege!*) Na ja, ausgeräumt - ja, es werden sehr viele Fonds ausgeräumt. Es ist auch der Familienlastenfonds ausgeräumt worden.

Trotz kalter Progression, trotz Gebührenautomatik, trotz Steuerautomatik reicht es nicht nur nicht dafür, dass man das Tagesgeschäft erledigen kann, sondern man muss auch noch Schulden anhäufen. Das ist natürlich etwas, was auf allen Ebenen geschieht, und das hat überhaupt keine parteipolitische Punze, denn das machen sozusagen alle Regierungsparteien, egal, in welcher Funktion sie tätig sind, auf allen Ebenen.

Das wäre eigentlich die beste Form eines Konjunkturpaketes, weil das im Endeffekt das Problem ist: Wenn der Stadt sich eine Einnahmenautomatik schafft, dann gibt es keinen Grund mehr, über Effizienzsteigerungen nachzudenken. Man kann sehr wohl die Effizienz steigern, ohne dass man Leistungen kürzt, nämlich einfach, indem man Abläufe optimiert!

Dass unser Staatswesen einen optimalen Ablauf zwischen den Gebietskörperschaften hat - da glaube ich, das kann man außer Streit stellen, dass das nicht so ist. Man könnte also sehr wohl, ohne dass man den Bürgern mehr Geld aus der Tasche nimmt, ohne dass man bei den Leistungen kürzt, einfach durch eine Optimierung diverser Abläufe eine entsprechende Entlastung der Bürger bewerkstelligen.

Solche Valorisierungsgesetze, wie wir sie jetzt auch in Wien haben, sind natürlich Gift dafür. Sie setzen im Endeffekt auch eine Inflationsautomatik in Gang, weil letztendlich der Staat zugreift: Weil das eine teurer wird, werden auch andere Dinge teurer, und so weiter. So schaukelt sich das Ganze gegenseitig auf, und am Ende ist dann niemand zufrieden. Den Menschen fehlt das Geld für den Konsum, der Staat hat trotzdem nicht genug, es gibt keinerlei Reformmaßnahmen.

Bei allem, was da auch von der ehemaligen Oppositionspartei, den GRÜNEN, gesagt wird: Obwohl die Periode jetzt schon in der zweiten Halbzeit ist, warte ich eigentlich immer noch auf Reformmaßnahmen. Von Reformen ist weit und breit nichts zu sehen. Es wird eigentlich so weitergetan wie bisher, man versucht eben, in ineffiziente Systeme immer mehr Geld hineinzupumpen.

Sie machen ja auch beim Valorisierungsgesetz nicht Halt. Das reicht ihnen nicht, es kommen ständig neue Steuerideen. Es wundert mich, dass man noch nicht von der Vermögenssteuer gesprochen hat. Aber selbst, wenn Sie die Vermögenssteuer hätten, die Erbschaftssteuer und alle Steuern, würden ja keine Gebühren billiger werden. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: O ja, selbstverständlich!*) Es ist nur zusätzliches Geld, aber es wird nie etwas billiger. Es wird immer alles teurer, der Staat braucht immer mehr Geld, und so weiter. Es ist ein Wahnsinn.

Das geht natürlich auf Wiener Ebene genauso weiter.

Eine Infrastrukturabgabe steht im Raum, dass man sozusagen die Infrastruktur, die man schon überfinanziert über die Gebühren, dann alle paar Jahre noch weiterfinanzieren muss. Das ist jaunglaublich! Der Kanal hat sozusagen ohnehin schon mehr Geld, als er braucht, und dass dann der Kanal alle paar Jahre oder alle paar Jahrzehnte erneuert wird, dafür soll jetzt noch eine zusätzliche Abgabe kommen.

Gleichzeitig ist Wien – das ist unbestritten – der Spitzenreiter bei den öffentlichen Werbeausgaben. Es gibt keine Statistik, bei der Wien nicht bei der Eigenwerbung an der Spitze liegt! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Es gibt, seit die GRÜNEN in der Regierung sind, um kein einziges Inserat weniger! Ganz im Gegenteil: Über alle Valorisierungen hinaus steigen die Werbebudgets aus den verschiedensten Töpfen überproportional! – Da frage ich mich wirklich: Ist es eine Leistung für die Bürger, wenn man sie ständig in den diversen – meist – Gratismedien davon überzeugen muss, dass ohnedies alles super ist? Viel besser als ein Inserat wäre, dass die Wiener Linien toll funktionieren und wenn die Wiener Linien durchgängig klimatisiert wären, damit man in eine kühle U-Bahn einsteigt und nicht schwitzen muss. Denn was nützt mir das beste Inserat von Ihnen? – Nichts! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Dafür sind sehr wohl finanzielle Mittel frei, das muss man auch sagen. Würde man jedoch die Millionen, die dort hineingespeist werden, zurückfahren, dann hätte man natürlich keine eingekauften Medien mehr zur Verfügung, die sozusagen auf Knopfdruck öffentliche Meinung machen. – Da denke ich mir: Man kann noch so viel über Berlusconi schimpfen, aber der hat wenigstens seine eigenen Zeitungen! *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Sie kaufen hingegen mit Steuergeld angeblich freie und private Zeitungen ein. Wenn Sie glauben, dass Sie über die normalen medialen Kanäle hinaus Medien brauchen, dann bauen Sie sich mit Ihrem eigenen Parteigeld ein Medienimperium auf, aber nicht mit Steuergeld! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Zum Gratiskindergarten muss man natürlich sagen: Das ist wirklich eine tolle Sache. Es gab aber heute fast ein Eingeständnis von Kollegen Margulies, dass man den Gratiskindergarten mit Gebühren aus anderen Bereichen finanziert. – Er ist also gar nicht so gratis, wie Sie tun! Wenn man nämlich zwar nichts für den Kindergarten zahlen muss, dafür aber für Müll, Abwasser und Sonstiges mehr zahlen muss, dann ist die Einrichtung eben nicht gratis! Aber das ist halt ein Grundproblem: Gratis ist nichts im Leben! Es geht halt dann darum, aus welchem Topf die ... *(Abg Heinz Hufnagl: Der Tod ist gratis!)* Ja, der Tod ist gratis! Aber in Wien ist er auch nicht gratis, denn so teuer wie in Wien ist das Sterben nirgendwo in Österreich! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Das funktioniert zwar sehr effizient, aber wenn man nur im Krematorium des Zentralfriedhofs die elektrischen Lampen um ein Alzerl mehr einschalten will, dann kostet das gleich ein paar Hundert oder Tausend Euro. – Also nicht einmal das Sterben ist gratis. Aber es geht ja alles sehr gut!

Wir müssen ein Konjunkturpaket schnüren, weil die

Konjunktur schwächelt, Arbeitsplätze wegbrechen und Firmen pleitegehen. Man könnte allerdings darüber nachdenken, ob es wirklich sinnvoll ist, dass wir mit unserem Steuergeld spanische Banken retten, die dann nichts Besseres zu tun wissen, als österreichische Baukonzerne in den Konkurs zu schicken. Vielleicht könnte man den Mitteleinsatz doch ein bisschen optimieren und überprüfen, ob das wirklich im Sinn dieser Rettungsschirme ist.

Letztlich geht es aber darum, dass den Menschen mehr Geld im Börsel bleibt, das sie dann wieder ausgeben können, damit auf diese Weise Arbeitsplätze geschaffen werden. Letztlich ist es nämlich die Wirtschaft, die die Arbeitsplätze schafft, und nicht der Staat! Der Staat muss den Rahmen schaffen und bei dieser Rahmenschaffung haben wir – wie ich glaube – auf allen Ebenen der Republik Österreich massiven Handlungsbedarf! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Ekkamp. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Franz **Ekkamp** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

In den Debattenbeiträgen ist schon viel von Zahlen gesprochen worden, und mein Vorredner hat jetzt gerade noch quasi nebenbei angebracht, dass auch das Sterben in Wien sehr teuer ist. Ich verweise nur darauf – das haben wir nämlich in einem Unterausschuss zu Finanzen und Wirtschaft debattiert –: Es gibt auf dem freien Markt bereits 21 Bestattungsunternehmen in Wien, und man muss ja nicht beim teuersten Anbieter eine Dienstleistung in Auftrag geben!

Ich möchte jetzt einige Klarstellungen zu der heutigen Debatte bringen. Betreffend Abschaffung des Valorisierungsgesetzes gibt es faktisch die gleiche Linie bei der Opposition. Eine Partei sagt, dass um 550 Millionen EUR zu viel verlangt worden seien, eine andere Partei sagt gleich, dass es 1 Milliarde EUR sei. – Wir sind Insider, aber wenn man das – wie auch die Medien – nach außen sagt, dann kennt sich wahrscheinlich niemand mehr aus.

Ich bemerke das in anderen Debatten genauso. Es gibt jetzt einen gewissen Wettbewerb, weil natürlich die Nationalratswahlen ihre Schatten vorauswerfen. Dafür habe ich volles Verständnis! Ich verstehe, dass es ein bisschen Wettbewerb bei der Opposition hinsichtlich der Frage gibt: Wer ist der billigste Jakob? Wer gibt es noch billiger? Wo können wir etwas noch billiger machen?

Dabei wissen wir alle – und da pflichte ich meinem Vorredner bei –, dass es eine Topdienstleistung in der Stadt zum Nulltarif ganz einfach nicht geben wird. Das kann es nicht geben, und wer so etwas behauptet, der handelt – wie ich meine – politisch nicht korrekt.

Es gibt aber auch aus der Wirtschaft eine Weisheit – und dabei schaue ich jetzt einen Kollegen von der ÖVP an –, die da lautet: Wer billig kauft, der kauft auch teuer.

Ich bemerke noch etwas einleitend dazu: Wenn Sie von Gebühren und von Nulltarif reden und sagen, dass es bei Ihnen keine Erhöhungen gäbe, dann mache ich

Sie darauf aufmerksam: Entscheidungen schauen immer dann anders aus, wenn man in politischer Verantwortung ist. Das sieht man nicht nur in Wien, das sieht man im Bund, das sieht man in den Bundesländern, das sieht man überall: Wenn man in politischer Verantwortung ist, dann hat man auch eine andere Verantwortung.

Ich habe vorhin schon gesagt, dass sich die Nationalratswahlen ankündigen. Darum war ich ein bisschen verwundert, als ich diese beziehungsweise vorige Woche in den Medien gelesen und gehört habe, dass die ÖVP da auf sehr diffusen Spuren ist: Jetzt verspricht sie wieder jedem 980 EUR mit einer sogenannten Gebührenbremse, obwohl man bei Preisabsprachen sehr wohl einen gemeinsamen Weg findet. Abgesehen davon kann ich aber dem Papier, das da präsentiert wird, nicht viel beziehungsweise gar nichts abgewinnen, denn es richtet sich, wie man feststellt, wenn man es genau analysiert, gegen die arbeitenden Menschen.

Etwa die Forderung nach Senkung der Kassenbeiträge: Die Kassen sind jetzt mühsam mit Steuergeld subventioniert beziehungsweise faktisch entschuldet worden. Wenn diese in Zukunft weniger Einnahmen haben, dann bedeutet das eine Leistungseinschränkung. Österreich wird als dritt- oder viertreichstes Land dargestellt. Was will man aber trotz des hohen Lebensstandards tun? – Leistungen einschränken! Das heißt, das Ziel ist wahrscheinlich, dass es dann einen Selbstbehalt gibt. – Das kann aber auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein! Wen trifft es, wenn eine Senkung des Beitrages zur Unfallversicherung verlangt wird? – Das trifft sicherlich nicht einen Unternehmer, sondern die Arbeitnehmer! Oder auch im Hinblick auf den Insolvenzentgeltfonds wird eine Kürzung verlangt. – Auch das trifft, wenn ich mir jetzt das Alpine-Desaster anschau, wieder die arbeitenden Menschen. (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*) So kann das natürlich nicht gehen, das kann man ganz einfach nicht hinnehmen!

Ein Überhammer, den man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen muss, ist der Vorschlag, dass wir alle auf gasbetriebene Autos umsteigen sollen – anstatt dass Sie uns sagen, wo man billiger einkaufen kann –, weil das ein wunderbarer Vorteil wäre und wir gleich 350 EUR im Jahr sparen würden. – Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Wir wissen, dass ein Auto in der Anschaffung im Durchschnitt 25 000 EUR kostet. Das ist aber kein hochpreisiges Auto. Ich bin gespannt, wer sich das leisten kann! Das sollte die ÖVP eigentlich wissen! Wenn jetzt alle mit gasbetriebenen Autos fahren – die Nachfrage regelt den Preis –, dann wird der Gaspreis an den sogenannten Zapfsäulen wahrscheinlich wieder steigen, und die ganze Ersparnis, die ihr angekündigt habt ... (*Abg Ing Mag Dworak: Es wird billiger! Wenn mehr nachgefragt wird, wird es billiger!*) Wenn es mehr Nachfrage gibt, wird alles billiger? Das merken wir bei den Mieten! Das kennen wir!

Ich meine, da sollte man wirklich ein bisschen mehr Seriosität an den Tag legen und nicht irgendetwas von dieser Art fordern! – Im Nationalratswahlkampf ist aber, wie gesagt, manches möglich, und da setzt halt so manche Logik aus!

Ich habe schon gesagt: Dienstleistungen in Wien entsprechen höchsten Standards und garantieren hochgradige Versorgungssicherheit. Aber da muss man auch schauen, woher man das Geld bekommt, damit man das ganze soziale Netz beziehungsweise die ganze Stadt faktisch finanzieren kann. Ich glaube jedoch, es ist der falsche Weg, wenn es, wie man jetzt annehmen könnte, Ziel der Opposition ist, die städtischen Dienstleistungsbetriebe durch keine Gebührenerhöhung beziehungsweise Valorisierung auszuhungern, sodass es schlechte Dienstleistungen gibt, damit man dann vorschlagen kann, dass privatisiert werden soll, weil Private es besser können.

Das lehnen wir kategorisch ab, und das haben auch die Wienerinnen und Wiener bei der Volksbefragung im Frühjahr mit 87 Prozent faktisch abgelehnt. Das wäre nämlich ein Anschlag auf die Wiener Lebensqualität!

Regieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedeutet auch, unliebsame Maßnahmen zu entscheiden. Natürlich hat man es diesbezüglich in der Opposition leichter: Man kann etwas versprechen, man fordert etwas, wenn man aber in der Regierung und somit in der politischen Verantwortung ist, dann schaut es anders aus. Ich könnte jetzt Beispiele nennen, werde das aber auf Grund der mir vorgegebenen Zeit nicht tun.

Jetzt aber zum Valorisierungsgesetz: Es gibt immer wieder große Aufregung, wenn die Erhöhung einer Gebühr oder Abgabe deutlich über dem sogenannten Verbraucherpreisindex stattfindet. Dabei geht es – das wurde heute auch schon gesagt – um die sogenannte Dienstgeberabgabe, nämlich um die Erhöhung der U-Bahn-Steuer um 177 Prozent. – Wenn man allerdings den Zeitraum betrachtet, dann kann man feststellen, dass der Verbraucherpreisindex in dieser Zeit um 340 Prozent gestiegen ist, daher liegt diese Erhöhung also deutlich unter dem Verbraucherpreisindex.

Wir wissen aus vielen Gesprächen und Diskussionen, dass die Menschen dafür sind und auch verstehen, dass man für hochkarätige Dienstleistungen in der Stadt auch Gebühren zahlen muss. Die Leute haben aber stets gesagt, bitte erhöht diese in kleineren Schritten! Und genau das hat 2006 der ÖVP-Finanzminister genauso gemacht, ich habe hier das entsprechende Gesetzblatt. Das ist eben so. Und wir haben heute auch schon gehört, dass die Gebühr für die Autobahnvignette auf Basis dieser Entscheidung wieder angepasst und angehoben wird, und das gilt auch in Niederösterreich, denn auch dort gibt es ein Valorisierungsgesetz. Und was für Niederösterreich und für den Bund nicht schlecht sein kann, kann doch für Wien auch nicht schlecht sein! Warum wehrt man sich dort nicht? Warum geht man immer nur auf Wien los?

Ich will es noch einmal erklären: Stichtag ist der 30. Juni. Zu diesem Zeitpunkt wird die sogenannte Indexsteigerung geprüft, und wenn diese über 3 Prozent liegt, dann erfolgt de facto eine Anpassung am 1. Jänner des darauffolgenden Jahres. Im Hinblick auf die Indexsteigerung erfolgen die Erhöhungen. Ich kann noch nicht genau sagen, wie die Erhöhung mit 1.1.2014 sein wird, aber unter der Annahme, dass die Inflation so

bleibt, wie sie ist, wird es eine Anpassung um zirka 4,3 Prozent bis 4,4 Prozent beim sogenannten Müllumleersystem, beim Wasser und beim Kanal geben. In diesem System befinden sich das Müllabholsystem, was wiederum etwas anders ist als das Entleerungssystem, Wasser, Kanal und Parkometerabgabe. 3 davon werden auf Grund dieser Valorisierung in kleinen Schritten faktisch um 4,4 Prozent angepasst, um eben die hohe Qualität sicherzustellen.

Was bedeutet das für eine durchschnittliche Familie ab 1.1.2014 an Mehrbelastung? – Diese beläuft sich im Monat auf 1,87 EUR. – Wenn ich mir im Vergleich dazu ansehe, was sich manche, wie ich Zeitungsberichten entnehmen kann – wenn auch nicht alle, aber es gibt eben schwarze Schafe –, in der Innenstadt für ein Glas Wasser zu verlangen trauen, nämlich 3,10 EUR, dann denke ich mir: Diese Erhöhung ist ein humaner Preis! Da hätte meines Erachtens, das sage ich jetzt zur ÖVP, die Wirtschaftskammer auch einiges zu tun. Es ist nämlich wirklich zu hinterfragen, ob der Preis von 3,10 EUR für ein Glas Wasser gerechtfertigt ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sie reden immer von Vergleichen, und man zieht natürlich auch Vergleiche. So wird zum Beispiel immer gesagt, dass man Familien fördern muss, und das ist auch richtig so. Wir haben uns jetzt die Erhöhungen aber 2011 angeschaut. Dabei sind die sogenannten dramatischen Anpassungen, die oftmals kritisiert wurden, schon mit eingerechnet: Es geht um eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern, ein Kind schulpflichtig, eines im Kindergarten, diese wohnt im 3. Bezirk in einer 90-m²-Wohnung, ein Hund ist dabei, ORF wird empfangen, und es besteht dort Parkpickerpflicht. Auf welchen Betrag wird sich die Erhöhung nach dem 2. Jänner 2014 gegenüber 2011 belaufen? – Es werden 97,66 EUR sein.

Es wurde schon von einem Vorredner gesagt: Man soll dann aber, wenn man schon von Familien redet, auch so fair sein und gegenrechnen, was in Wien alles getan wird. Ich will da jetzt nicht tiefer hineingehen, sondern spreche vorerst nur vom Gratiskindergarten: Man spart sich damit pro Kind von 0 bis 6 Jahren auf heutiger Basis 2 880 EUR! Und wenn ein Erwachsener eine Jahreskarte bei den Wiener Linien hat, dann bleiben knappe 2 900 EUR netto im Sackerl. – Da kann man wirklich nicht von Wucher reden! Wien ist und bleibt familienfreundlich, auch im monetären Bereich.

Welches Bundesland bietet eine solche Unterstützung? (*Zwischenruf von Abg Mag Karin Holdhaus.*) Diese Frage wurde schon gestellt. Sagen Sie es! Gehen Sie hinaus und sagen Sie es! Gibt es das in Kärnten, in Niederösterreich oder in Tirol? Sagen Sie es bitte! Vielleicht müssen wir dann etwas anders umgestalten.

Benchmark ist in der Wirtschaft ein nützlicher Begriff. Schauen wir uns das an, ohne unfair zu sein! Vorher wurde von den Wassergebühren gesprochen. Ich habe gehört, dass von Eggenburg geredet wurde und dass es eine Stadt gibt, wo die Wassergebühren niedriger sind als in Wien. – Ich habe mir das angeschaut: In Wien kostet 1 m³ 1,73 EUR, in Graz 1,79 EUR, also ähnlich viel, in Klagenfurt kostet 1 m³ nur 1 EUR. Das stimmt,

das ist faktisch billig. Wenn man das unter der Annahme hochrechnet, dass 80 m³ für eine Familie der durchschnittliche Verbrauch ist, dann ist das Resultat, dass man sich dort 62 EUR erspart.

Aber man muss sich die Gebühren und Abgaben immer gesamtheitlich ansehen. Das Wasser, das aus der Leitung kommt, sollte nämlich auch wieder abfließen, außer man trinkt 80 m³ im Jahr, was ich nicht glaube. Wenn man sich dann nämlich die Abwassergebühr anschaut, dann schaut das gleich ganz anders aus! Die Kanalgebühr beträgt für eine Familie in Wien 140 EUR im Jahr. In Klagenfurt haben sie ein anderes System, da geht es nach verbauter Fläche, und bei 90 m² beträgt die Abwassergebühr dort 440 EUR. Und wenn ich jetzt 138 EUR und 140 zusammenzähle, dann bekomme ich eine andere Summe heraus, als wenn ich 80 und 440 EUR zusammenrechne!

Drittes und letztes Beispiel, die Müllentsorgung: In Wien kosten 120 l 4,24 EUR. Da braucht man nicht den Kopf zu schütteln, das sind Fakten, die man nachlesen kann. In Graz sind es 8,23 EUR, und in Klagenfurt sind es ganze 8,87 EUR. – Ich will jetzt gar nicht darauf eingehen, wer dort Bürgermeister ist, das wissen wir alle, die wir hier sitzen. Das ist mehr als das Doppelte als in Wien. Im Hinblick darauf kann man nicht von einem Gebührenwucher in Wien sprechen. Man muss immer vergleichen, wie es insgesamt in anderen Landeshauptstädten aussieht. Ich glaube, international gesehen braucht sich Wien überhaupt nicht zu verstecken.

Jetzt wird mir vielleicht jemand sagen, dass die Kaufkraft und die Wertschöpfung in Klagenfurt wesentlich höher als in Wien sind. – Aber auch diesbezüglich kann ich Sie beruhigen: Klagenfurt liegt auch bei der Kaufkraft und bei der Wertschöpfung ganz weit hinter Wien!

Meine Damen und Herren! Nun noch ein kurzer Einwurf, weil auch das Heizen und die Fernwärme direkt angesprochen wurden. Ich habe mir angesehen, wie es mit der Fernwärme aussieht: Fernwärme ist an und für sich noch immer eine der günstigsten Heizformen, die es gibt. Gas ist um ungefähr 18 Prozent teurer als Fernwärme, und von Heizöl brauchen wir, glaube ich, in diesem Kreis gar nicht mehr zu sprechen, denn da beträgt der Unterschied bereits knappe 40 Prozent. Und wenn ich mir die Fernwärmekosten im Detail ansehe, dann stelle ich fest, dass wir in Wien an zweitniedrigster Stelle liegen und alle anderen Anbieter wesentlich teurer sind. Man sollte also auch hier ein bisschen mehr Wert auf den Wahrheitsgehalt legen und sich nicht immer auf irgendwelche Anpassungen oder Erhöhungen einlassen!

Kollege Margulies hat es sehr deutlich gesagt: Er hat einen Vergleich mit Eisenstadt gezogen. Dort wurden die Müllgebühren zehn Jahre lang nicht erhöht. – Diese sind aber fast doppelt so hoch wie in Wien. (*Zwischenruf von Abg Mag Karin Holdhaus.*) Das könnten wir auch machen? Sie wollen, dass wir in Wien auf einmal auf doppelt so teuer erhöhen und dann zehn Jahre lang nicht erhöhen? Ist Ihnen das lieber? – Unser Zugang ist das sicherlich nicht!

Und jetzt noch etwas zu den Anträgen, zum Beispiel zur zweckentfremdeten Verwendung der Gebührenüber-

schüsse. – Der Rechnungshof hat das geprüft, und ich habe mir den Rechnungshofbericht heute in der Früh im Detail angesehen und habe auch noch das eine oder andere kurze Gespräch geführt. Es ist das relativ einfach erklärt: Grundsätzlich gilt für die Gebührenkalkulation § 15 Abs 3 des FAG. Das wissen wir. Daran braucht man nicht zu rütteln.

Laut Judikatur des Verfassungsgerichtshofes heißt es: „Die Gemeinden sind berechtigt, die Gebühren bis zum Doppelten des Jahreserfordernisses einer Gemeindeeinrichtung festzusetzen, um beispielsweise Folgekosten der Errichtung zu finanzieren, Rücklagen zu bilden oder auch Lenkungsziele, zum Beispiel auch ökologischer Art, zu verfolgen, und das auch auf einen Betrachtungszeitraum von zehn Jahren.“

Wir tun also nichts Unlauteres. Man muss sich aber bei der Berechnung schon anschauen, ob man kameralistisch oder nach Kostenrechnung vorgeht. Die Leute in der Wirtschaft haben ihre eigene Betrachtungsweise, und wenn man etwas nicht hören oder sehen will, dann kommt man natürlich auf einen anderen Betrag.

Die Wahrheit ist: Hinsichtlich Kostendeckung bei Abwasser, Wasser und Müll von 2004 bis 2013 ergibt sich ein Minussaldo von 187,9 Millionen EUR. Darin sind natürlich die Abschreibungen und die Investitionen mit eingerechnet, und so hätte auch der Rechnungshof vorgehen sollen. Ich will jetzt den Rechnungshofbericht nicht irgendwie bewerten, und ich will auch nicht eingehen auf die Würdigung des niederösterreichischen Finanzlandesrates von zwei Rechnungshofberichten betreffend Wohnbaugelder und Spitälerkonzepte in Niederösterreich, denn er hat das ein bisschen anders gewürdigt, als manchen recht ist, aber das werde ich hier nicht tun.

Es ist also nichts gesetzeswidrig, und ein Überschuss ist auch nicht gegeben. Man muss, wie gesagt, bei diesen drei Gebühren immer alles gesamthaft betrachten und auch darauf schauen, was investiert wird. So haben wir, wie Sie gesehen haben, zum Beispiel 500 Millionen in Hochwasserschutz investiert, zugegebenermaßen auch mit Bundeszuschüssen, und ich möchte daran erinnern: Das war eine nachhaltige Investition! Dabei möchte ich an das Verhalten der ÖVP im Jahr 1999 erinnern, als viele von Ihnen noch nicht hier waren: Damals ist man einfach hinausgegangen, weil das hinausgeschmissenes Geld sei. – Da hat halt politisch ein bisschen der Weitblick gefehlt! Ich weiß aber, dass bei der Eröffnung die ÖVP wieder in der ersten Reihe gesessen ist.

Heute rüttelt, glaube ich, niemand mehr daran, dass dieser Hochwasserschutz unbedingt notwendig ist. Man braucht nur nach Niederösterreich zu schauen! Dort gab es leider viele Versäumnisse, das muss man offen zugeben, was natürlich enorme Folgekosten bedeutet. Allein die letzten zwei Hochwässer kosten nur Niederösterreich 1 Milliarde EUR! Wien ist glimpflich davongekommen, es wird hier aber trotzdem weiter investiert. Es sind jetzt natürlich keine hohen Summen mehr notwendig, es werden aber noch einige Millionen investiert, damit wir fast 100-prozentigen Hochwasserschutz in Wien haben. Dieses Ziel werden wir 2020 erreichen.

Ich fasse jetzt nur mehr kurz die getätigten Investitionen der letzten Jahre bis 2013 zusammen, und dann bin ich fertig. – Wien Kanal: 372 Millionen EUR, bis 2020 sind 246 Millionen EUR geplant. Das sind schon stolze Summen! MA 31: 99 Millionen, bis 2016 geplant 172 Millionen EUR. Die MA 48 hat in den letzten Jahren bis dato – ich könnte das jetzt auch noch im Detail anführen – 324 Millionen EUR investiert, und bis 2014 werden es 10 Millionen EUR sein.

Man muss den ganzen Bereich also insgesamt betrachtet, und wenn man auch die Investitionen und natürlich auch die Abschreibungen berücksichtigt, dann gibt es, wie ich Ihnen vorher gesagt habe, keinen Überschuss. Außerdem muss man bedenken, dass dieses Geld insbesondere unter einem Aspekt gut investiert ist: Eine Investition von 100 Millionen hat große Beschäftigungswirksamkeit, sie schafft Arbeitsplätze für zirka 1 500 Beschäftigte. Es konnten dadurch also weit mehr als 10 000 Arbeitsplätze gesichert werden, wir haben alles modernisiert, und dadurch gab es auch gute Aufträge für unsere regionale Wirtschaft.

Zusammengefasst kann ich sagen. Die hohe Dienstleistungsqualität erfordert natürlich auch Einnahmen, das wurde sogar auch von dem einen oder anderen Redner bestätigt. Die hohen Investitionen zeigen, dass man nicht von Überschüssen reden kann. Es geht also rein um die Berechnungsformeln, wie man dazu kommt, und ich denke, die Wiener Lebensqualität ist hoch. Ich brauche jetzt keine Studie zu zitieren. (*Abg Ing Isabella Leeb: Bitte nicht!*) Nein, nein! Das tue ich nicht, wir wissen es eh alle! Die Wiener Lebensqualität ist gut, an dieser zweifelt niemand hier, und wir werden diese weiterhin mit einem hohen Dienstleistungsangebot aufrechterhalten. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Mag Dworak. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn die Sprache auf das total verunglückte Valorisierungsgesetz kommt, ist es ein Muss, dass sich der SPÖ-Klubobmann zum x-ten Mal auf eine Vorgängerregierung im Bund beruft. Wenn nämlich der Bund ein Valorisierungsgesetz macht, meine Damen und Herren, dann muss auch in Wien eines gemacht werden. – Es ist dies also eine klassische und praktische Ausrede, um die Wienerinnen und Wiener ungerechtfertigt abzuzocken.

Dann, meine Damen und Herren, ist nämlich Feuer auf dem Dach der SPÖ. – Ich frage Sie: Was hindert die SPÖ und damit Rot-Grün, gescheitert zu werden und das Valorisierungsgesetz einfach abzuschaffen? Es sind schon große Politiker vor das Volk getreten und haben gesagt: „Meine Damen und Herren! Was interessiert mich mein Mist von gestern?“ (*Beifall bei der ÖVP. – Abg Heinz Hufnagl: Das hat Adenauer ein bisschen anders formuliert!*)

Sie, meine Damen und Herren von Regierung, heizen mit dem Valorisierungsgesetz nur die Inflation an und erlauben, dass rund 320 000 Menschen ihr Leben

an oder unter der Armutsgrenze fristen müssen. Schon meine Kollegin Holdhaus hat uns verkündet, dass ab 2014 die Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll um voraussichtlich 4,4 Prozent steigen werden.

Wenn Herr Kollege Ekkamp die Leistungen der Stadt in den Vordergrund rückt, dann ist das sein gutes Recht. Aber gleichzeitig verschweigt er, wodurch die Menschen in dieser Stadt zur Kassa gebeten werden, nämlich durch Gebührenerhöhungen beispielsweise für Energie wie Strom, Gas oder Fernwärme. Wir haben das gerade vorher gehört. All das sind Kosten der vor Kurzem abgefragten Daseinsvorsorge, meine Damen und Herren, die laut SPÖ nicht privatisiert werden soll. Und nun werden unter den Augen der Öffentlichkeit die Preise weiter angepasst, damit die Stadt gut verdient und Versorgungsposten für gute Freunde weiter bestehen bleiben. Ganz zu schweigen von den Kostenerhöhungen in der letzten Zeit für Kanal, Parken oder im Hinblick auf die Hundeabgabe.

Kollege Ekkamp, der jetzt gerade wieder kommt, hat von den Preisen für Wasser im Wirtshaus gesprochen. Dazu möchte ich festhalten: Ein Wirtshaus kann ich ja verlassen! Es besteht aber keine Möglichkeit, die Stadt Wien sozusagen einfach zu verlassen, denn es ist dies ein Monopolbetrieb. So muss man das sehen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg Franz Ekkamp: Wenn ich im Wirtshaus etwas konsumiert habe, dann muss ich es auch zahlen!)*

Es geht, glaube ich, darum, ob Wasser verrechnet werden soll, und das Wasserglas muss ja auch irgendwie gereinigt werden. Aber darüber können wir uns separat streiten!

Eine 66-prozentige Erhöhung beim Kurzparken war nämlich wirklich ein regelrechter Raubzug auf die Geldbörse der Wienerinnen und Wiener! Diese 66 Prozent sind nämlich durch nichts gerechtfertigt. Schauen wir uns einmal die Parkgebühren in deutschen Städten an, diese sind um vieles billiger als hier in Wien.

Vom Rechnungshof war zuerst schon die Rede. Dieser stellte nämlich bereits 2010 fest, dass die Stadt Wien zwischen 2005 und 2007 Überschüsse aus den Gebührenhaushalten Kanal, Wasser und Abfall in der Höhe von rund 390 Millionen EUR erzielte und diese Überschüsse nicht zweckgebunden als Rücklagen für zukünftige Investitionen, sondern zur Abdeckung der Kosten des allgemeinen Haushalts verwendete. Und trotz dieser Überschüsse werden durch das Valorisierungsgesetz noch einmal die Preise erhöht.

Es kann theoretisch gelingen, dass die Stadt Wien die Bürgerinnen und Bürger entlastet, wenn es nämlich in dieser Stadt wirklich Kostenwahrheit bei den Gebühren gäbe. Meine Damen und Herren! Es wäre möglich, dass die Stadt den Bürgerinnen und Bürgern 420 EUR zurückgibt. Das geschieht aber nicht, sondern die Bürger werden über allen Maßen von der Stadt zur Kassa gebeten und abgezockt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Stadt Wien, die sich immer mit dem sozialen Mäntelchen behübscht, kann sich seit der unsozialen Gebührenlawine 2012 nicht mehr damit rechtfertigen, dass die Gebührenerhöhungen notwendig sind. Die Stadt hat eine vierköpfige Durchschnittsfamilie durch

diese Mehrgebühren mit rund 310 EUR pro Jahr belastet. Rot-Grün macht das Leben in dieser Stadt empfindlich teurer, und trotz dieser Gebührenerhöhungen wachsen die Schulden, die Arbeitslosenzahlen steigen stark, und das Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren, stagniert. Und die Stadt sitzt mittlerweile inklusive der ausgelagerten Unternehmungen wie Wiener Wohnen bereits auf einem Schuldenberg von rund 7,5 Milliarden EUR.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Voraussetzung, dass bei Gebühren Kostenwahrheit besteht, und eine Entlastung für den Bürger und für die Bürgerin ist unbedingt notwendig. Der Rechnungshof hat aufgezeigt, wie und wo sich die Stadt Wien über ungerechtfertigte Kostenerhöhungen zusätzliche Einnahmen verschafft, die einfach im Schuldenstrudel der Stadt Wien verschwinden, ohne dass damit eine einzige Zusatzleistung durch die Stadt finanziert wird.

Gebührenanpassungen dürfen sich nur an den tatsächlichen Kosten orientieren, und das die Inflation so sehr antreibende Valorisierungsgesetz gehört ersatzlos abgeschafft! Was hindert die SPÖ in Wien, die Bürgerinnen und Bürger kräftig zu entlasten? Ich habe heute in der Diskussion bis jetzt kein Wort von Entlastung gehört. Aber vielleicht will Rot-Grün diese Entlastung nicht! Und um Ausreden, wenn es um Gebührenerhöhungen geht, meine Damen und Herren, war diese Regierung noch nie verlegen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zum Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zunächst zu Kollegen Ekkamp, der sagt, dass mit den Überschüssen gar nichts Unrechtes beziehungsweise Rechtswidriges geschieht. Zur Begründung sagt er, dass es ja ein Finanzausgleichsgesetz gibt, wonach die Gemeinden sogar 200 Prozent verlangen dürfen, also die doppelte Kostendeckung. – Herr Ekkamp! Wir kennen das Finanzausgleichsgesetz auch! Natürlich ist das nicht rechtswidrig! Aber, Herr Kollege Ekkamp, Sie müssen das ja nicht ausnützen! Die politische Conclusio ist ja anders! Sie müssen das nicht ausnützen, und wir würden uns erwarten, dass Sie das nicht ausnützen! *(Abg Franz Ekkamp: Es wird nicht ausgenützt!)*

Aber jetzt ist es wenigstens amtlich. Herr Kollege! Sie haben es bestätigt: Die Gebühren liegen in Wien weit über der Kostendeckung, was Frau Brauner oder Frau Sima immer vehement ableugnen. Jetzt wissen wir es wenigstens. Herr Kollege Ekkamp hat das gerade hier bestätigt. Sie erwirtschaften gewaltige Überschüsse, meine Damen und Herren von der SPÖ, durch die Aussage des Herrn Ekkamp ist das jetzt amtlich, und daher haben Sie ab heute keine Ausrede mehr dafür! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt ganz kurz zu Kollegen Margulies, der immer in der Bank zu zappeln anfängt, wenn man ihm seine Reden von 2007 und 2008 vorhält und der hier am Rednerpult immer andere Ausreden erfindet, warum das jetzt nicht mehr vergleichbar ist. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise kennen wir das ja schon. Heute hat er wie-

der einen anderen Schmah gebracht: Er vergleicht die Gebühren in Wien mit den Wasser- und Kanalgebühren von Gemeinden mit 10 000 Einwohnern. Kollege Margulies! Da vergleichen Sie doch Äpfel mit Birnen! Schauen Sie sich das doch einmal an! In einer Gemeinde mit ein paar Tausend Einwohnern muss man das Wasser und den Kanal oft in die entlegensten Bauernhöfe leiten! Das können Sie doch nicht mit einer Großstadt wie Wien vergleichen, wo man den Kanal einmal verlegt und dann bei einem Hochhaus 50, 100 oder noch mehr Wohnungen angeschlossen werden. Das ist doch nicht vergleichbar!

Herr Margulies! Sie müssen doch in Ihrem Wirtschaftsstudium auch gelernt haben, dass Sie nicht Äpfel mit Birnen vergleichen können! Aber Sie wollen ja wieder einmal nur davon ablenken, dass Sie umgefallen sind, Herr Margulies! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zur Belastung: Sie haben uns vorgerechnet, dass sich diese auf 1 700 EUR pro Haushalt seit 2006 beläuft. – Es gibt 1 Million Haushalte in Wien, das sind also 1,7 Milliarden EUR Mehrbelastung nach Adam Riese, Kollege Margulies!

Das finden Sie aber nicht nur im Rechnungsabschluss der Stadt, sondern das finden Sie zum Beispiel auch in der Bilanz von Wiener Wohnen, denn in diesen Jahren hat es beim Gemeindebau eine gigantische Erhöhung um 10 Prozent gegeben. Wenn Gas um 50 Prozent seit dem Jahr 2006 erhöht wurde und auch der Strompreis erhöht wurde, dann finden Sie das in der Bilanz der Wiener Stadtwerke beziehungsweise von Wien Energie.

Und wenn man letztlich all das, nämlich die Bilanzen von Wiener Wohnen und von Wien Energie, zum Budget der Stadt hinzurechnet, Herr Kollege Margulies, dann sind das genau die 1,7 Milliarden EUR beziehungsweise genau die 1 700 EUR Mehrbelastung pro Haushalt seit 2006. Aber davon wollen Sie einfach ablenken, Herr Kollege Margulies, aber das wird Ihnen nicht gelingen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber warum ist denn dieses Thema auch Herrn Kollegen Margulies so peinlich? – Weil er nämlich nach außen hin Reichensteuern fordert, dann aber das Gegenteil tut. Schauen wir uns das doch einmal an. Herr Margulies! Bei der Hundesteuer sind es plus 65 Prozent. Sind es die Reichen, die Sie damit belasten wollen? – Nein! Es sind jene Menschen, die sich mit kleinsten Pensionen noch ein Haustier in Wien leisten können! Oder: Bei den Kurzparkscheinen waren es plus 67 Prozent. Herr Margulies! Treffen Sie damit die Reichen? Meine Damen und Herren von der SPÖ! Herr Ekkamp! Sind die Autofahrer die Reichen für Sie?

Oder: Gas wird um 16 Prozent, Fernwärme um 17 Prozent und Wasser um 33 Prozent erhöht. – Das trifft doch die Mieter über die Betriebskosten, Herr Kollege Ekkamp, und das kann doch unmöglich die Reichensteuer sein, von der Sie immer sprechen und die Sie in der Öffentlichkeit fordern! Nein! Sie belasten die Menschen, die mit Gas im Winter heizen müssen, und die Mieter, die die Wassergebühr zahlen müssen!

Jetzt vor der Nationalratswahl ist genau die richtige

Zeit, einmal diese Bilanz zu ziehen, meine Damen und Herren! Auch Herr Faymann hat Versprechungen betreffend Reichensteuern gemacht. Jetzt plakatiert er in ganz Österreich die Forderung: Nur die Reichen! Was aber wird daraus? – Eine Belastung der Ärmsten, der Schwächsten! 50 EUR zusätzlich pro Monat für jeden Haushalt durch Rot-Grün, meine Damen und Herren, sind für einen reichen Haushalt natürlich überhaupt kein Problem! Aber einen armen Haushalt können genau diese 50 EUR an die Armutsgrenze bringen! – Das ist die Bilanz, die gezogen werden muss zwischen Anspruch und Wirklichkeit, dass nämlich in der Öffentlichkeit die Reichensteuer gefordert wird und in der Praxis die sozial Schwächsten, die Ärmsten belastet werden, nämlich eben beispielsweise die Mieter über die Betriebskosten.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! – Wir wollen daher die Gebühren senken. Wir wollen eine 10-prozentige Strompreissenkung, eine 15-prozentige Senkung für Wasser, Kanal und Müll und eine 20-prozentige Gaspreissenkung. Das wäre echte Gerechtigkeit, meine Damen und Herren von der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ. – Abg Godwin Schuster: Das ist die Taktik der FPÖ: Die Banken ruinieren, und die Öffentlichkeit soll das dann zahlen!)*

Meine Damen und Herren! Aber es soll nach der Wahl ja munter weitergehen, die SPÖ hat es bereits angekündigt: Eine neue U-Bahn-Steuer beziehungsweise eine Infrastrukturabgabe soll kommen. Dabei stehen wir wieder vor dem gleichen Problem. Infrastrukturabgabe klingt super, aber ich frage Sie: Wen trifft denn das, Herr Kollege Schuster? – Die Hausbesitzer? Die Reichen? Nein! Die kleinen Häuselbauer und natürlich wieder die Mieter wird es treffen! Kein Hausbesitzer wird das selbst bezahlen! Das wird über die Betriebskosten natürlich wieder auf die Mieten umgelegt, die in Wien eh schon exorbitant hoch sind, und dann werden sie noch einmal verteuert. – Es ist dies auch deshalb ein so wichtiges Thema, weil das ja nur der erste Schritt sein soll.

Meine Damen und Herren! Wenn man verfolgt hat, was der Österreichische Städtebund vor zwei Wochen bei seiner Tagung beschlossen hat, meine Damen und Herren, dann müssen die Alarmglocken läuten. Dort wurden Beschlüsse gefasst wie: Erhöhung der Grundsteuer, Anhebung der Hebesätze, Erhöhung der Einheitswerte auf die Verkehrswerte.

Meine Damen und Herren! Man weiß, dass auch die Grundsteuer von den Hausherrn auf die Mieter überwälzt wird, und daher werden das wieder die Mieter zahlen müssen. Und wenn man auch weiß, dass die Verkehrswerte, auf deren Höhe Sie anheben wollen, zehn Mal so hoch sind wie die Einheitswerte, dann ist klar, dass das nichts anderes als eine Verzehnfachung der Grundsteuer bedeutet, und das bedeutet wiederum eine Explosion der Mieten.

Eine Verzehnfachung der Grundsteuer ist aber auch ein Anschlag auf das Eigentum, eine schleichende Enteignung, meine Damen und Herren! Es ist daher nicht nur das Recht dieses Hauses, sondern es ist die Pflicht der Opposition in diesem Haus, rechtzeitig einen Aufschrei zu machen und das hier an den Pranger zu stel-

len.

Meine Damen und Herren! Herr Ekkamp! Herr Schuster! Die Steuerpläne der SPÖ, das, was Frau Brauner mit der Infrastrukturabgabe und mit der Grundsteuer vor hat und was auch der Wohnbaustadtrat hier vor hat, ist nichts anderes als ein Anschlag auf das Eigentum! Wir fordern Sie daher auf: Fangen Sie doch endlich an zu sparen! Hören Sie auf mit Ihren Belastungsideen! Und lassen Sie vor allem die Finger von der Grundsteuer, meine Damen und Herren von der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist jetzt, ein paar Monate vor einer Nationalratswahl, natürlich auch die richtige Zeit, Bilanz auf Bundesebene zu ziehen, vor allem im Hinblick darauf, dass Faymann als neuer Vorsitzender der SPÖ im Jahr 2008 bei der letzten Wahl groß von Gerechtigkeit gesprochen hat. Er hat Gerechtigkeit gefordert, er hat sich damals im ganzen Land mit dem Slogan „Zeit für Gerechtigkeit“ plakatieren lassen. – Schauen wir uns einmal an, was auf Bundesebene daraus geworden ist!

Meine Damen und Herren! Es gab Kürzungen bei den Familien, beim Alleinverdienerabsetzbetrag und bei der Familienbeihilfe. War das wirklich gerecht? War es gerecht, wenn Herr Faymann die Pensionen gekürzt hat, indem er sie jahrelang unter der Inflation anpassen ließ, oder die Sonderzahlungen für Pensionisten gekürzt wurden? Das merken die Pensionisten tatsächlich im Geldbörsel! *(Abg Godwin Schuster: Die Pensionsreform ist aus der FPÖ-ÖVP-Regierungszeit!)*

Herr Schuster! Unter Herrn Faymann wurden die Invaliditätspensionen und wurde beim Pflegegeld, bei den Pflegestufen 1 und 2, gekürzt, Herr Schuster! Das muss man sich vorstellen: Unter einem sozialistischen Bundeskanzler wird das Pflegegeld bei den Pflegestufen 1 und 2 gekürzt! *(Abg Franz Ekkamp: Was habt ihr denn 2006 gemacht?)*

Außerdem wird die Hacklerpension de facto ab nächstem Jahr, ab 2014, abgeschafft, und das trifft gerade jene Menschen, die jahre- und jahrzehntelang fleißig gehackelt haben und sich einen Pensionsanspruch erworben haben, Herr Kollege Ekkamp! Genau diese Pension, die Hacklerpension, wird im nächsten Jahr abgeschafft, ab 2014, Herr Kollege Ekkamp! – Das ist die Bilanz, die wir ziehen müssen!

Das gilt auch für die Frühpensionen: Das trifft jene Menschen, die 30 oder 40 Jahre hart gearbeitet haben und abgerackert sind. *(Zwischenruf von Abg Kurt Wagner.)* Herr Wagner! Das trifft jene, die einfach nicht mehr können, die zum Beispiel am Kreuz bedient sind und in Frühpension gehen müssen. *(Abg Kurt Wagner: Was Sie da sagen, ist einfach lächerlich!)* Herr Kollege Wagner! Ich weiß: Das hören Sie nicht gerne! *(Abg Marianne Klicka: Kehren Sie vor der eigenen Tür!)*

Ich wiederhole: Jetzt gibt es Kürzungen bei den Frühpensionisten um 15 Prozent. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Frau Kollegin Faymann! Herr Wagner! 15 Prozent weniger sind es bei den Frühpensionisten. Das ist ja mehr, als sich Schüssel je getraut hat, Herr Kollege Wagner, das sage ich Ihnen, wenn Sie darauf verweisen! *(Zwischenruf von Abg Kurt Wagner. – Weitere lebhaft*

Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Da frage ich mich, Herr Kollege Wagner: Wo waren Sie eigentlich? Wo waren Sie? Warum haben Sie nicht geschrien, als Faymann gekürzt hat? Jetzt schreien Sie! Warum haben Sie nicht vor zwei Jahren geschrien, Herr Wagner? Jetzt ist es zu spät, jetzt sind Sie mitschuldig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Außerdem frage mich auch: Wo waren eigentlich die Gewerkschaftsvertreter? Wo war Herr Meidlinger? Wo waren die Gewerkschaftsvertreter? *(Abg Ing Christian Meidlinger: Auf der Straße!)* Sie waren unter Schüssel auf der Straße, das wissen wir genau! Unter Schüssel sind Sie auf die Straße gegangen, das wissen wir noch genau! Aber jetzt, meine Damen und Herren, haben Sie gekuscht. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Herr Meidlinger! Ich sage es Ihnen. Sie haben den Mund gehalten. Sie haben Ihre Menschen verraten, Ihre Gewerkschaftsmitglieder, nur weil Sie einem roten Bundeskanzler die Mauer gemacht haben, Herr Kollege Meidlinger. *(Beifall bei der FPÖ. – Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Die Aufregung im Saal zeigt: Jetzt, ein paar Monate vor der Nationalratswahl, ist genau die richtige Zeit, einmal Bilanz zu ziehen, vor allem im Hinblick darauf, dass Sie zuerst soziale Gerechtigkeit und eine Reichensteuer versprochen haben! Faymann hat sich im ganzen Land mit dem Slogan „Zeit für Gerechtigkeit“ plakatieren lassen. – In Anbetracht dessen muss man doch die Menschen darauf hinweisen und vor einer entscheidenden Wahl Bilanz ziehen, meine Damen und Herren, zwischen dem, was Sie in Ihren Sonntagsreden im Wahlkampf erzählen und versprechen, und dem, was Sie dann tatsächlich tun und was Sie in den letzten fünf Jahren hier in Wien und im Parlament getan haben. Meine Damen und Herren! Da klafft eine riesige Kluft! Das ist nicht nur eine Kluft, das ist das Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben! *(Zwischenruf von Abg Martina Ludwig-Faymann.)*

Ich sage Ihnen daher: Niemand wird bei dieser Wahl mehr auf Ihren Gerechtigkeitsschmäh hereinfallen, Frau Kollegin Faymann! Die Menschen lassen sich nicht länger für dumm verkaufen! Das, was Sie hier fünf Jahre lang gezeigt haben, war der größte Wahlschwindel aller Zeiten, meine Damen und Herren von der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Tanja Wehsely. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich sage es ganz offen: Mir bleibt nicht oft die Luft weg, aber bei Herrn Schock habe ich einen Schock! So etwas Jenseitiges habe ich wirklich noch selten erlebt, obwohl auch der Klubobmann der Freiheitlichen schon gesprochen hat.

Das ist wirklich schade, weil Sie, Herr Kollege Gudenus, tatsächlich ein nicht unwichtiges Thema grundsätzlich angesprochen haben, nämlich Armut und Armutsbekämpfung. Ich nehme an und hoffe, Sie meinen auch Letzteres, denn das ist ja unser Anliegen: Armutsbe-

kämpfung in dieser Stadt. Diesbezüglich ist aber recht wenig gekommen außer Gemeinplätzen und der 50 Mal wiederholten Frage: Können Sie noch schlafen? Können Sie noch schlafen? – Ich hoffe, Sie können gut schlafen! Ich wünsche es Ihnen sehr!

Ganz kurz: Kollege Ekkamp hat das schon sehr ausführlich erläutert, daher möchte ich nur unterstreichen: Wir brauchen natürlich die Gebühren zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge, und eine überwältigende Mehrheit der Wienerinnen und Wiener hat bekanntlich für eine hervorragende Daseinsvorsorge und gegen Privatisierung bei der erst heuer erfolgten Volksabstimmung gestimmt.

Es ist klar, dass wir uns daran halten, und ich glaube, dass es auch den Wienerinnen und Wienern klar war, ist und sein wird, dass Daseinsvorsorge in dieser Qualität ohne drohende Privatisierungen und Ausverkauf nicht möglich sein wird. Halten Sie sich einfach auch daran! Sie sind ja sehr für die direkte Demokratie, nehmen Sie daher auch das Votum der Wienerinnen und Wiener für eine hervorragende Daseinsvorsorge zur Kenntnis!

Es wurde auch schon klargestellt, dass das kein Körbergeld ist. Irgendjemand – ich weiß jetzt nicht genau, ob von FPÖ oder ÖVP – hat auch schon von Illegalität et cetera geredet. – Ich weiß nicht, warum Sie sich zu gar so argen Begriffen versteigen und glauben, dass Sie das hier in der parlamentarischen Debatte nötig haben! Aber Sie werden schon wissen, warum Sie das nötig haben!

Sie haben auch schon ganz ausführlich von den Kollegen Ekkamp und Margulies gehört, dass das, was Sie so despektierlich Körbergeld nennen, in viele Investitionen, vor allem auch in Umweltmaßnahmen, Erneuerungen et cetera fließt.

Ich nehme an, der ÖVP tut es gerade heute in Anbetracht des Jubiläums des Donauinselfestes einmal mehr wahnsinnig leid, dass Sie anno dazumal den schweren, schweren Fehler begangen haben, zu meinen, dass die Donauinsel ein leerer, in unsere Wiener Landschaft betonierter Streifen sein wird, und sich deswegen gegen den Hochwasserschutz und eines der hervorragendsten Freizeitgebiete Europas überhaupt ausgesprochen zu haben. Aber das ist nun einmal so, manchmal irrt man sich halt!

Wir haben uns glücklicherweise nicht geirrt und durchgesetzt. Sie sind damals sogar aus der Koalition ausgetreten, weil das für Sie so schlimm und arg war. Ich will jetzt nicht länger darauf herumreiten, aber ich kann mir gar nicht vorstellen, was Ihnen mehr leid tun könnte, als damals diesen Fehler begangen zu haben!

Ich würde die ÖVP noch etwas gerne fragen, denn es ist ja, obwohl doch, wie ich glaube, gemeinsam im Bund beschlossen worden, dass bis zum letzten Tag gearbeitet wird, der Wahlkampf ausgebrochen, und man ergeht sich seitens der ÖVP in Vorschlägen. Kollege Ekkamp hat schon geschildert, welche tollen Vorschläge die ÖVP jetzt den Menschen macht, wie sie Geld sparen können, etwa Erdgasautos anschaffen, damit es ihnen besser geht.

Nun aber zur Frage: Wir haben viel über Wohnen

diskutiert. Was ist denn dann mit der Zweckwidmung der Wohnbauförderung? Wieso ist die ÖVP da jetzt nicht mit dabei? Wie kann das sein? Das ist rauf und runter gegangen, und plötzlich war die ÖVP die Beschützerin der Mieterinnen und Mieter und nicht mehr der Besitzer der Zinshäuser. Es hieß, die Zweckwidmung könnte beziehungsweise sollte kommen, sie wurde gefordert, dann aber: Leider nein! Dafür kommen gute Vorschläge betreffend Erdgasautos und den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln, wobei ich zu Letzterem sage: In Ordnung, von mir aus gerne!

Kurz noch einmal zu den Gebühren: Margulies hat schon ein paar Vergleiche gebracht und auch dazugesagt, dass es natürlich ein bisschen schwierig ist, Wien mit anderen Gemeinden und kleinen Städten in Österreich zu vergleichen. Dieses Problem haben wir ja immer! Wären Sie tatsächlich heimatverbunden und Wiener Patrioten, dann würden Sie uns nicht immer mit anderen kleinen Städten vergleichen. – So viel zu Ihrer Heimatverbundenheit.

Ich vergleiche unsere Situation lieber mit jener in einer anderen Großstadt: So sind die Gebühren für Wasser und Öffis, wie Sie hoffentlich wissen, bei uns niedriger als zum Beispiel in Berlin. Ich meine nämlich, wir sollten uns, wenn schon, dann sozusagen nur mit Unseergleichen messen. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Dort gibt es auch einen roten Bürgermeister, ein super Argument!*)

Von Kollegen Aigner wurde angesprochen, dass es keine Reformen gegeben hat, nichts getan wurde et cetera. – Unsere Grete Laska hat das schon anno dazumal gesagt – und ich praktiziere das jetzt auch schon lange –: Oftmaliges Wiederholen sichert den Lernertrag. Daher versuch ich auch schon lange, Ihnen begrifflich zu machen, dass wir seit Anbeginn der Finanz- und Bankenkrise 2008, die uns noch immer mit ihren Folgen stark im Bann hält, vielerlei Reformen initiieren und auf den Weg bringen, die den Menschen tatsächlich helfen.

Darunter befindet sich das Package, in dem die bedarfsorientierte Mindestsicherung enthalten ist. Dazu gehört ganz sicher auch die Garantie auf Ausbildung für junge Menschen sowohl vom Bund als auch von Wien. Außerdem gehört dazu sicherlich auch die gemeinsame Anstrengung, mit einem Wiener Qualifikationsplan genau auf jene Menschen zu schauen, die in Wien gering qualifiziert sind und auf dem Arbeitsmarkt deswegen schlecht bestehen können.

Ferner nenne ich den gebührenfreien Kindergarten. Außer Linz sind wir die einzige große Stadt, die das bietet, anderswo ist all das nicht gebührenfrei. Außerdem – auch das ist schon oft gesagt worden, vielleicht haben Sie es sich schon gemerkt – investieren wir 700 Millionen EUR in unsere Kinderbetreuung, in den Ausbau und in die Erhaltung unserer Kindergärten und Kindergruppen, 700 Millionen EUR! Und auch das Top-Jugendticket wurde erwähnt.

Außerdem wurde behauptet, dass wir angeblich ineffiziente Strukturen zuhauf in Wien haben und dass nicht gut für die Wienerinnen und Wiener gearbeitet wird. Dabei wird von Ihrer Seite auch immer der WAFF als

Doppelstruktur et cetera zitiert. – Auch das haben wir schon oft abgehandelt: Diese angeblich ineffiziente Struktur dient zum Beispiel jetzt – wie schon kurz angesprochen wurde – dazu, dass Menschen, die von Arbeitslosigkeit durch die Pleite der Alpine bedroht sind, in Stiftungen kommen können. Sollte der Sozialplan schlagend werden und sollte nicht schnell eine Übergabe an andere Bauträger und andere Firmen erfolgen können, dann wird natürlich auch der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, gemeinsam mit dem Bund und dem Arbeitsmarktservice, wie immer mit Stiftungen zur Seite stehen, um Sozialpläne gemeinsam mit den Unternehmungen umsetzen zu können. – Ich meine, das ist eigentlich das Topthema des heutigen Tages und nicht Ihr Herumrudern und Ihre Anwürfe, die Sie von sich geben.

Eine der größten Reformen – und ich hätte mir gedacht, dass diese angesprochen wird, wenn man schon über Armut redet und glaubt, man kennt sich in dieser Sache gut aus und hat viel dazu zu sagen – ist die Reform der Sozialhilfe und die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung mit Beginn der Krise. Es ist dies sicherlich eine der größten und wichtigsten Reformen, die rote Sozialminister und Bundeskanzler auf den Weg gebracht haben. – So viel dazu, wenn Sie sich für Bedürftige und Arme einsetzen wollen.

Was sagen denn Sie über die Mindestsicherung? – Man kann das ja rauf und runter lesen: Sie sagen, dass das nur für Sozialschmarotzer und für jene ist, die nicht hackeln gehen wollen, dass das nur für diejenigen ist, die dem Staat auf der Tasche liegen. – Das ist die Neiddebatte, die Sie anzetteln!

Die Einführung einer Millionärssteuer ist hingegen kein Grund für eine Neiddebatte. Es hat nichts mit Neid zu tun, wenn man will, dass Millionäre einen Beitrag leisten. *(Zwischenruf von Abg Mag Dietbert Kowarik.)* Mich rügen Sie jetzt? Sagen Sie das bitte Kollegen Schock, der hat ein entsprechendes Zeichen gemacht! – Aber gut, ich mäßige mich, Herr Oberlehrer, und werde meine Hände wieder hier behalten.

Es handelt sich nicht um eine Neiddebatte, wenn man Millionärssteuern verlangt, es ist aber eine Neiddebatte – und zwar aus der untersten Schublade –, wenn man Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die im Übrigen im überwiegenden Maße in Wien wegen zu geringer Erwerbseinkommen nur Aufstocker sind, an den Pranger stellt und Sozialschmarotzer nennt. Das lehnen wir zutiefst ab! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ja. Sie haben recht: Bei diesem Thema werde ich etwas emotional. Das ist wirklich unser Thema, dafür interessieren wir uns wirklich. Wir verwenden die missliche Lage von bedürftigen Wienerinnen und Wienern nicht so wie Sie nur als Zweck, sich sozusagen aufzupudeln. *(Zwischenruf von Abg Henriette Frank.)* Das tun wir nicht! Das ist schon Ihre Masche, KollegInnen von der FPÖ! *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Messen Sie sich an den Ergebnissen und nicht an Ihren Hirngespinnsten!)*

Ich kann Ihnen auch ganz sicher garantieren: Sie werden nie erreichen, dass Sie die Anwälte der kleinen Leute sind! Sie sind es nicht, und Sie brauchen ... *(Zwischenruf von Abg Mag Dietbert Kowarik.)* Ja, wir sind es!

Natürlich! Wer denn sonst? Wer soll es denn sonst sein? Sie schieben diese Leute vor, aber die entsprechenden Thematiken sind Ihnen in Wirklichkeit im Herzen egal! Das ist bei uns jedoch nicht der Fall, deswegen setzen wir uns intensiv insbesondere mit den Themen Soziales und Arbeitsmarkt auseinander. Da sind wir die Ersten, natürlich verlassen sich die Leute diesfalls auf uns, und zwar zu Recht. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich komme schon zum Abschluss, denn da noch mehr auszuführen, interessiert die Leute ab hier *(in Richtung FPÖ und ÖVP)* sowieso nicht. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Schauen Sie lieber in die andere Richtung! Von den GRÜNEN sind nur zwei da!)* Ich wundere mich nur, wie man – und das jetzt insbesondere in Richtung der FPÖ – so ein Thema wirklich so ausbeuten kann, indem man Kraut und Rüben in einen Topf wirft und versucht, sich zum Anwalt der kleinen Leute und der bedürftigen Menschen aufzuschwingen, während man sie gleichzeitig aber, wenn sie die Hilfe des Staates und der Stadt in Anspruch nehmen, als Sozialschmarotzer darstellt. Glauben Sie mir, die Leute werden sich das merken und sie werden auch dementsprechend handeln. Was auch immer Sie sich da wünschen, es wird nicht in Erfüllung gehen. *(Beifall bei der SPÖ und von Abg David Ellensohn.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gott sei Dank, Frau Kollegin Wehsely, sind nicht Sie für die Erfüllung unserer Wahlvorstellungen und unserer Wünsche zuständig, sondern die Bürger und Bürgerinnen Wiens, und die werden uns die Antwort sicher 2015 geben. Dass Sie uns die nicht geben können, das war klar, das überrascht auch nicht und das haben Sie auch jetzt wieder umfangreich dargelegt. – Wir zählen hier auf die Bürger, wir sind die Anwälte der Bürger, und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass das heute eine interessante Diskussion wird, war spätestens nach der Lektüre der Tageszeitungen heute in der Früh klar. Sie haben das sicherlich auch gelesen. Da ging es darum, dass Wien mit der Hinterbrühl verglichen wird. Herr Vizekanzler Spindelegger lebt in der Hinterbrühl und Kollege Margulies sagt, dass das Wohnen und das Parken – so in etwa glaube ich, das heute gelesen zu haben – in der Hinterbrühl teurer ist als in Wien. Ebenso haben wir heute hier auch schon gehört *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Ich habe kein Wort darüber gesagt!)* – ich habe das heute gelesen, Herr Kollege –, dass Kollege Margulies im Rahmen einer Wikipedia-Recherche herausgefunden hat, dass das Parken oder die Kindergärten in der Hinterbrühl teurer sind als in Wien. Das ist jetzt Ihr neues Spiel und wir nehmen das als Fraktion mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis, Sie haben ein neues Spiel entdeckt, nämlich das Gemeindebashing. Früher ging es Ihnen nur darum, aufzuzeigen, was alles in Kärnten schlecht ist. Heute funktioniert das

nicht mehr so gut, weil wir Freiheitliche nicht mehr zuständig sind. Jetzt müssen Sie sich gegenseitig die Bälle zuspielen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben heute schon gehört: Wien gegen Eggenberg, das ist jetzt die neue Härte, habe ich heute gelernt. Und eines war heute auch äußerst interessant: Eine der Vorrednerinnen, ich glaube, es war Frau Wehsely, hat gesagt, dass man kein echter Wien-Patriot sei, wenn man Wien mit einem anderen Ort vergleiche. Also ich meine, mir sind jetzt in zweieinhalb Jahren Gemeinderat nur Wien-Kärnten-Vergleiche bei Ihnen aufgefallen. Das war so die Dauerbeschallung hier. Schlimmer war aus Ihrer Sicht nur noch die schwarz-blaue Koalition von 2000 bis 2006. - Aber man darf sich ja ändern mit der Zeit, und ich habe heute mit Amüsement festgestellt, dass Sie da jetzt offenbar eine neue Strategie eingeschlagen haben.

Das Zweite, das mir heute in der Früh aufgefallen ist – ich habe mir das ohnehin schon so ungefähr gedacht und das trifft das heutige Gebührenthema –, war, dass die Frau Vorstandsvorsitzende der Wiener Stadtwerke Holding in der heute stattfindenden Aufsichtsratssitzung ihren Rückzug oder ihr nicht nochmaliges Kandidieren oder Bereitstehen für die Funktion der Vorstandsvorsitzenden ankündigte. Ich weiß derzeit noch nicht, was letztlich bei der Aufsichtsratssitzung herauskam, aber ich meine, diesen Rückzug haben ja schon die Spatzen vom Dach gepfiffen.

Auf die Wiener Stadtwerke würde ich dann gerne noch einmal eingehen, denn es hat heute auch ein Vorredner – ich glaube, Herr Ekkamp war es – gesagt, dass auf Grund unserer freiheitlichen Anträge und Forderungen, die wir da einbringen, die öffentlichen Betriebe oder die kommunalen Dienstleister abgewirtschaftet werden und die Wienerinnen und Wiener deshalb Dienstleistungen in der Daseinsvorsorge nicht mehr in der gewohnten Qualität bekommen könnten.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Wir wollen, dass die Wienerinnen und Wiener die besten Dienstleistungen in der besten Qualität bekommen, und wir wollen, dass die öffentlichen Betriebe positive Zahlen schreiben und dass sie gut wirtschaften, weil das die Arbeitsplätze für die Zukunft und das Einkommen der Mitarbeiter sichert. Nur: Wer macht das nicht? Jetzt bin ich wieder bei den Stadtwerken. Das ist ein gutes Beispiel, und es darf auch etwas kosten. Wiener Stadtwerke Holding, deren Bilanz 2012 einen Jahresverlust von 789 Millionen EUR aufwies. Also wer hier schlecht wirtschaftet, muss man, glaube ich, nicht noch einmal extra ausführen. - Das waren nicht wir, sondern das waren Sie. Das waren Ihre Manager! Dass die Vorstandsvorsitzende jetzt den Rücktritt ankündigt, bevor sie am Jahresende nicht wiederbestellt wird und damit sozusagen das Opferlamm für Sie gibt, das ist eigentlich traurig, aber so ist es halt offenbar im öffentlichen Bereich. Letztlich hilft ihr Rückzug aber nicht, denn es wird die Stadtwerkebilanz im nächsten Jahr nicht besser ausschauen.

Und jetzt zu den Gebühren. Es ist dieser berühmte Rechnungshofbericht heute schon mehrfach zitiert worden, es ist auch daraus vorgetragen worden. Nicht wir

haben von Millionen- oder gar Milliardenbeträgen berichtet, sondern der Rechnungshof hat in einem Bericht aus dem Jahr 2010, in welchem er die Stadt Wien bezüglich Wasser-, Kanal- und Müllgebühren geprüft hat, festgestellt, dass es in diesen drei Bereichen im Zeitraum 2005 bis 2007 390 Millionen EUR an Überschüssen gab, die nicht Investitionen zugeführt wurden, sondern ins allgemeine Budget geflossen sind. Und das soll ja nicht sein, denn die Gemeinde ist gemeinnützig. So habe ich das letzte Mal hier auch gelernt, dass Betriebe der Gemeinde Wien nicht nach betriebswirtschaftlichen Kriterien wirtschaften müssen – Frau Schinner hat das gesagt –, sondern eben soziale Betriebe sind. Aber wenn sie soziale Betriebe sind, widersprechen Sie sich jetzt eigentlich, indem Sie diese 390 Millionen EUR in den Jahren 2005 bis 2007 nicht Investitionen zugeführt und somit zu einer weiteren Verbesserung der Dienstleistungen beigetragen haben, sondern den Betrag ins allgemeine Budget fließen ließen.

Und lassen Sie mich auch noch einmal auf die Zahlen kommen: Es wurde heute behauptet, dass es im letzten Jahr, also 2012, keine Überschüsse bei Wasser, Müll und Kanal gegeben hätte. Zufällig habe ich mir die Mühe gemacht, mir die entsprechenden Zahlen im vorliegenden Rechnungsabschluss 2012 anzuschauen, und ich darf Ihnen sagen, dass der Überschuss beim Wasser 2012 bei 77 Millionen EUR lag, der Überschuss beim Kanal bei 1,4 Millionen EUR und der Überschuss beim Müll bei 15,5 Millionen EUR. Das macht alles in allem eine Summe von 94,4 Millionen EUR aus. 94,4 Millionen an Überschüssen aus Wasser, Kanal und Müll im Jahr 2012, und diese Überschüsse fließen wieder ins allgemeine Budget und nicht in Investitionen.

Deshalb fordern wir Sie auf, meine Damen und Herren der rot-grünen Stadtregierung, die Kostenstruktur dieser Gebühren neu festzulegen. Es ist nicht einzusehen, dass Gebührenüberschüsse ins allgemeine Budget fließen und Sie dennoch nicht in der Lage sind, das Budget nachhaltig zu sanieren. Sie wollen das Budget nur einnahmenseitig sanieren, obwohl man seit Jahrzehnten weiß, dass das nicht funktioniert. Sie wollen nicht die Ausgabenseite, sprich, nachhaltige Reformen in Angriff nehmen, und deshalb brauchen Sie dieses Geld, diese Überschüsse aus den Gebühren fürs allgemeine Budget, damit Sie Ihren Haushalt nicht noch weiter in die Schieflage bringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben im letzten Jahr – das geht aus dem Rechnungsabschluss hervor – 1,2 Milliarden EUR - das ist inklusive Kreditaufnahme -, an zusätzlichen Einnahmen erwirtschaftet. Auf der Ausgabenseite haben Sie nichts getan. Sie haben keine nachhaltigen Reformen im Verwaltungsbereich durchgeführt – vom papierlosen Büro reden Sie zwischenzeitlich alle und dass Sie jetzt SAP einführen, finde ich toll, nur es ist zehn Jahre zu spät –, Sie haben keine nachhaltigen Reformen bei den Pensionen vorgenommen, Sie haben keine nachhaltigen Reformen im Gesundheitsbereich vorgenommen, und Sie haben auch keine nachhaltigen Reformen im Förder- und Subventionswesen vorgenommen. Sie haben immer nur kleine Randbereinigungen gemacht, aber nichts Nach-

haltiges. Deshalb brauchen Sie die Einnahmen aus den Gebühren, nämlich die Überschüsse aus den Gebühren und die Kredite, die Sie zusätzlich noch aufnehmen, damit Sie den Wiener Haushalt überhaupt aufrechterhalten können.

Wir hingegen fordern, dass das Valorisierungsgesetz aufgehoben wird und dass Sie gerade in sensiblen Zeiten wie diesen, wo der Standort Österreich in allen Wettbewerbsvergleichen hinterherhinkt und zurückfällt, wo die Bürger auf Grund der Wirtschaftskrise kein Geld mehr in der Tasche haben, reagieren. Denn es passiert eines – Herr Dr Aigner hat das heute richtig ausgeführt und unsere Partei hat diesbezüglich auch schon mehrere Anträge auf Bundesebene eingebracht, ebenso habe ich dazu einen Antrag bei der Wirtschaftskammer Wien eingebracht –, es passiert, dass die Bürgerinnen und Bürger einer kalten Progression unterliegen, vieles andere aber automatisch valorisiert wird.

Es kann aber nicht sein, dass alles teurer wird, nämlich die Mieten teurer werden, weil sie valorisiert werden, die Gebühren valorisiert werden, jede Leasingrate valorisiert wird, jede Versicherungsrate valorisiert wird, ... aber das Einkommen der Menschen wird nicht valorisiert. Das Einkommen der Menschen sinkt, weil die Inflationsrate steigt, und es gibt keine Valorisierung. Das hat zur Folge, dass viele Bürgerinnen und Bürger immer weniger Geld zur Verfügung haben, dass immer mehr Menschen in Wien in Armut leben. Ich möchte Ihnen die aktuellen Zahlen für Wien gar nicht verschweigen. Es sind rund 300 000 Menschen, die an der Armutsgrenze leben, wir haben 120 000 Mindestsicherungsempfänger –, und Sie sagen, da ist nichts? - Das ist ein übler Befund, und ein kleines Rezept dagegen lautet: Bitte erhöhen Sie aktuell keine Gebühren mehr! Die Lage ist ohnehin kritisch. Wenn Sie dennoch glauben, jedenfalls valorisieren zu müssen, so valorisieren Sie doch einfach den Mitgliedsbeitrag bei Ihrer eigenen Partei – ich weiß nicht, ob Sie den auch valorisiert haben? - Denken Sie darüber nach –, oder, noch besser, valorisieren Sie, wenn schon, dann auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite, valorisieren Sie für die Menschen auch das Gehalt, denn erst dann kann man darüber reden, ob auch die Gebühren zu valorisieren sind. Diese Valorisierungen nehmen Sie aber nicht vor! Das heißt, die Wienerinnen und Wiener verdienen immer weniger, werden ärmer, werden in die Mindestsicherung getrieben, werden aber gleichzeitig mit hohen Gebühren konfrontiert. Ich bin diesbezüglich ohnehin überrascht, dass es nicht einen viel größeren Aufschrei gibt, insbesondere jetzt nach Vorliegen der aktualisierten Betriebskostenabrechnungen. Ich frage mich manchmal, wie die Menschen das alles überhaupt noch zahlen können.

Sie plakatieren, dass Wohnen leistbar werden muss, haben aber gleichzeitig die Wasser-, Kanal- und Müllgebühren erhöht. Diese Erhöhungen führen direkt zu steigenden Betriebskostenabrechnung. Daneben haben Sie den Heizkostenzuschuss gestrichen. Das sind doch zwei Maßnahmen, die zutiefst unsozial sind! Deshalb ist für unsere Fraktion heute die Abschaffung der Valorisierung der Gebühren das Topthema und kein anderes, und es

war wichtig, dass wir diese Sondersitzung einberufen haben, weil Ende Juni, exakt am 30. Juni – das wurde heute auch schon gesagt –, der Stichtag für die Neubewertung der Gebührenerhöhung für 2014 ist. Und leider haben wir es heute schon von Ihnen gehört: Es wird auch für 2014 valorisiert, das heißt, dass die Gebühren weiter steigen! Löhne und Gehälter steigen aber nicht in dem Ausmaß und das heißt, dass Sie immer mehr und mehr Menschen in die Armutsfalle treiben!

Diese Politik unterstützen Sie und diese Politik leben Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün. Für diese Politik stehen wir aber nicht. Wir fordern Maßnahmen, dass die Menschen am Monatsende wieder mehr Geld in der Tasche haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Guggenbichler. Ich erteile es ihm.

Abg Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ganz kurz bezugnehmend auf das, was Kollege Ekkamp schon angesprochen hat, was das Wasser am Graben in Wien so kostet. Ja, es stimmt, es kostet ein Liter Wildalp beim Meisl am Graben 2,80 EUR. Das ist jene Quelle, wie Sie wissen, die Sie privatisiert haben *(Abg Godwin Schuster: Die Stadt Wien hat nichts privatisiert!)*, wo Sie einen Liter Wiener Wasser um 2,80 EUR verkaufen lassen und nicht einmal für die Wiener Bevölkerung und für die Wiener Bürger einen Profit daraus ziehen, weil Sie das damals einfach zu billig verscherbelt haben. Das ist ein Privatisierungsakt, den Sie durchgezogen haben. Vielleicht ist die SPÖ beleidigt, dass es um 3,60 EUR ein noch teureres Wasser gibt als das Wildalp, das die SPÖ privatisiert und verscherbelt hat. *(Abg Godwin Schuster: Nichts hat die Stadt Wien privatisiert! Nur damit wir das klarstellen!)*

Dann hat der Kollege Ekkamp auch noch kurz angesprochen, dass die Reduktion der Krankenkassenbeiträge am Ende des Tages die Bürger belasten würde. Ich sage Ihnen eines: Es würde die Bürger nicht belasten, wenn wir diesen E-Card-Betrug nicht hätten und wenn wir diesen Gesundheitstourismus nicht hätten. *(Beifall bei der FPÖ.)* Führen wir die Fotos auf der E-Card ein, dann haben wir die Probleme nicht. Dann werden wir sehen, wie viele von diesen Bürgern, die da Leistungen in Anspruch nehmen, auch wirklich versichert sind.

Ich habe mir kurz das Regierungsprogramm der Grauslichkeiten herausgesucht. Auf dem Deckblatt steht – Sie kennen das alle aus dem November 2010 –: Stadt, Bildung, Förderung, Soziales, Öffentlichkeit, neue Projekte und vieles mehr. Nach zweieinhalb Jahren Rot-Grün würde ich vorschlagen, den Titel zu ändern in „Verlorene Menschlichkeit und soziale Kälte“. Verlorene Menschlichkeit und soziale Kälte deshalb, weil Sie es in diesen zweieinhalb Jahren geschafft haben, Menschengruppen in Wien gegeneinander aufzuhetzen. *(Abg Heinz Hufnagl: Kann man da ein blaues Monopol brechen? Wohl kaum!)* Ich sage es Ihnen kurz, überhaupt kein Problem. Sie haben es geschafft ... *(Zwischenruf von Abg Godwin Schuster.)* Na, ich sage es Ihnen.

Die rot-grüne Regierung hat es geschafft, dass auf

Grund einer Gebührenflut, auf Grund der Einführung eines Parkpickerls in den Außenbezirken die Währinger Bevölkerung unter Druck geraten ist und es sogar so weit gekommen ist – und das haben wir in Wien noch nie gehabt –, dass Einheimische Pendlern die Autoreifen aufgestochen haben. Sie kennen diese Artikel und diese Berichte. Das ist ein Produkt Ihrer Gebührenflut, das ist ein Produkt dessen, dass Sie die Menschen dazu gezwungen haben, Gebühren zu zahlen und in den 18. Bezirk auszuweichen. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Wollen Sie damit sagen, eure Leute stechen Reifen auf? Das ist empörend!)* Sie haben die Pendler gegen die Wiener Bürger aufgehetzt. Sie hetzen Radfahrer gegen Autofahrer auf. Sie machen eine Politik der Hetze. Das betreiben Sie in dieser Stadt. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Oder weil die Kollegin Wehsely vorhin angesprochen hat, die Erhöhung der Gebühren ist notwendig, um die Daseinsvorsorge in Wien weiterhin zu gewährleisten. Ich sage Ihnen eines: Die Erhöhung von Werbebudgets ist keine Daseinsvorsorge, das Fördern von linken und links-extremistischen Organisationen ist keine Daseinsvorsorge, und auch das Drucken – das habe ich bereits in einer Rede von mir angesprochen und der Kollege von den GRÜNEN ist ja da – eines Bleibeführers, wo unter „Mobilität“ drinnensteht, wie man zur Schwarzkappler-Info kommt, ist keine Daseinsvorsorge. Dafür verwenden Sie die Gebühren der Wienerinnen und der Wiener. Das machen Sie in dieser Stadt. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Und der ORF warnt vor Radarkontrollen! Oder? Wie ist das?)* Ich weiß das nicht. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Vor Radarkontrollen darf man warnen, vor Schwarzkapplern nicht?)* Ich weiß das nicht. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Das regt mich auf!)* Ihr macht einen Bleibeführer, in dem Schwarzkappler-Info drinnensteht, und hinten steht dann, „gefördert von der Stadt Wien“. *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das ist es, was Sie herausgegeben haben. Der Herr Lobo weiß es ganz genau. Ich habe ihn schon zitiert.

Oder was habt ihr zum Beispiel geschafft – etwas, was nämlich wirklich Daseinsvorsorge wäre – in eurer Regierungsbeteiligung? Ihr habt es geschafft, der Hans-Radl-Schule den Bus für behinderte Kinder für Ausflugsreisen zu streichen. Da ging es um 110 000 EUR! Ein besonderer Akt der Grausamkeit des zuständigen Stadtrates. Ohne Kompensation, ohne nichts! Aber wenn man weiß – das ist eine ganz amüsante Geschichte gewesen; wir waren ja bei der StRin Vassilakou, vielleicht war das eh sehr visionär von der Stadtregierung –, dass die GRÜNEN die Gersthofer Straße jetzt einspurig führen wollen, dann brauchen wir den Bus gar nicht mehr, denn auf Grund des Staus kann ja dort gar keiner mehr fahren. Das ist das, was ihr machen wollt. Ihr seid rücksichtslos, ihr kapiert auch nicht, dass dort Rettungsautos fahren müssen, aber ihr sagt, nein, produzieren wir einen Stau, damit die Autofahrer nicht mehr kommen. Ihr schaut nicht auf Menschen mit Einschränkungen, ihr schaut auch nicht auf Menschen, die gesundheitlich gefährdet sind.

Aber es gibt eine Verdopplung der Werbeausgaben

im Werbebudget. Wenn man die Presse der letzten Tage liest, steht drinnen, dass das Werbebudget des PID in den letzten 10 Jahren von 27,5 Millionen EUR auf 51,9 Millionen EUR verdoppelt wurde. Frau Wehsely, ist das Daseinsvorsorge? Ist das die Vorsorge, für die Sie die Steuermittel der Wiener ausgeben?

Und weil der Herr Margulies vorhin angesprochen hat, dass er diese Zahlen nicht glaubt. Ich werde Ihnen ein paar Zahlen vorlesen, weil Sie gesagt haben, die 1 700 EUR glauben Sie nicht. Ich sage Ihnen kurz, woraus sie sich zusammensetzen. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Im Jahr!)* Die hätten Sie gerne, ja? 1 700 EUR *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Pro Jahr!)* seit 2006. Ist das nichts? Sagen Sie mir einen Wiener Arbeitnehmer, der im Jahr 1 700 EUR mehr verdient seit 2006. Die haben alle einen Reallohnverlust auf Grund Ihrer Politik und Ihrer Gebührenpolitik, die Sie in dieser Stadt betreiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und nun kurz zu den Erhöhungen, die Sie in dieser Stadt betrieben haben. Kategoriemietzins im Gemeindebau: plus 5,5 Prozent, Erhöhung der Tarife der Wiener Linien: plus 5,9 Prozent. Und weil der Meidlinger gerade da sitzt, noch etwas zu den Wiener Linien. Sie haben gesagt, die Wiener Betriebe müssen nicht wirtschaftlich agieren. Jetzt hatten wir die Situation, dass Mitarbeiter der Wiener Linien sich an der Hochwasserhilfe beteiligen wollten. Und was macht das soziale Wien? Sie stellen sie nicht frei, um Bedürftigen zu helfen, sondern sie streichen das den Mitarbeitern von ihrem Urlaubskonto. Herr Meidlinger, ich rufe Sie auf, sich für diese Mitarbeiter einzusetzen, damit diese Hilfe, die hier geleistet wurde, auch auf die Zeit der Wiener Linien geht und nicht vom Urlaubskonto der Mitarbeiter abgezogen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was haben Sie weiter gemacht? Wir haben es schon angesprochen. Müllgebühren: plus 6 Prozent, Kanalgebühren: plus 6 Prozent, Mietzins bei Neuvermietung von Gemeindebauwohnungen: plus 10 Prozent, Ortstaxe für Hotelbetriebe: plus 14 Prozent, Wiener Landeszuschlag für ORF-Gebühren: plus 16 Prozent, Fernwärmetarif: plus 25 Prozent, Bädertarife: plus 33 Prozent, Wassergebühr: plus 65 Prozent, Hundeabgabe: plus 67 Prozent. Bei den Kurzparkscheinen haben Sie inklusive der Ausweitung der Inkassofläche Ihre Einnahmen von 72 Millionen auf 139 Millionen erhöht. Und die U-Bahn-Steuer: plus 178 Prozent.

Das ist Ihre soziale Politik? – Sie wissen ja gar nicht, wie es den 320 000 Menschen geht, die an und unter der Armutsgrenze leben, weil Sie nicht mehr bei den Bürgern sind. Aber ich freue mich auf die Wahl spätestens 2015. Dann werden Sie bestraft, denn Ihre Politik kann sich kein Bürger leisten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Seidl. Ich erteile es ihm.

Abg Wolfgang **Seidl** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist schon viel über den Gebührenwucher der rot-grünen Stadtregierung gesprochen worden. Ich möchte allerdings, bevor ich beginne, ganz kurz auf einige Vordrucker replizieren. Beginnen möchte ich mit dem Kolle-

gen Margulies. Ich habe mir die Mühe gemacht, einige Ihrer Reden der letzten Zeit nachzulesen, die Sie allerdings gehalten haben, als Sie noch nicht in der Koalition waren, und die, das muss ich ganz ehrlich sagen, teilweise auch ganz gut sind. Das, was Sie heute hier abgeliefert haben, Herr Margulies, war von meinem Verständnis her an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten.

Wir haben viel gehört über Eggenburg – ich weiß nicht, wer aller weiß, wo Eggenburg liegt, ich kenne das nicht (*Abg Heinz Hufnagl: Wenn man in Geographie nicht geschlafen hat, weiß man das!*) –, einen Ort, der 3 000 Einwohner hat. Ich kenne Eggenburg nicht. (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist peinlich!*) Sei's drum. (*Abg Godwin Schuster: Jetzt wird es wirklich peinlich!*) Über Eggenburg haben wir heute gesprochen. Dann haben wir auch gehört, was ein Installateur pro Stunde an Kosten verrechnet. Ich weiß nicht, was das mit dem Gebührenwucher zu tun hat, sehr geehrter Herr Margulies. Inhaltlich war die Rede eine Nullnummer, aber ich habe natürlich Verständnis dafür, sehr geehrter Herr Margulies, denn den Gebührenwahn hier zu erklären, ist natürlich wahnsinnig schwer.

Eingehen möchte ich natürlich auch auf meinen Vorredner Kollegen Ekkamp, den ich an sich sehr schätze. Er hat in seiner Rede des Öfteren den VPI, den Verbraucherpreisindex, bemüht, und ich habe mir jetzt herausgesucht, wie hoch die Verbraucherpreisindizes in den letzten Jahren waren. Im Jahr 2010: 1,7 Prozent, im Jahr 2011: 3,6 Prozent, im Jahr 2012: 2,6 Prozent. Er hat in seiner Rede gesagt, dass keine der Gebühren stärker erhöht wurde, als der VPI war, und das stimmt eben so nicht.

Ich habe mir nur einige Gebühren herausgesucht und mir angeschaut, wie stark die Gebühren seit 1. Jänner 2011 gestiegen sind, zum Beispiel die Gebühr des Wiener Rettungs- und Krankentransportgesetzes. Das waren 4,6 Prozent, der VPI war 1,7 Prozent. Oder die Erhöhung des Kostenbeitrages für die ambulante Pflege. Sie betrug, ebenfalls seit 1. Jänner 2011, 5,5 Prozent. Im Jahr 2012 geht es dann lustig weiter mit Erhöhungen um 3,5 Prozent, 4,9 Prozent, 3 Prozent, und jetzt mit 1.1.2013 folgen schon die nächsten Erhöhungen – da habe ich gesagt, war der VPI im letzten Jahr 2,6 Prozent – mit 3,6 Prozent, 2,8 Prozent und so weiter und so fort. – Also das, was Sie hier gesagt haben, stimmt nicht so ganz.

Heute ist auch schon angesprochen worden, dass über 300 000 Wienerinnen und Wiener unter der Armutsgrenze liegen und dass es – dieses Thema hat es vor drei Tagen sogar in die auflagenstärkste Zeitung geschafft, auf eine ganz berühmte Seite, auf die Seite 2 – Mindestsicherung für 144 000 Wiener gibt. Wir sind in Wien leider Gottes Weltmeister bei den Mindestsicherungsbeziehern. Wenn ich da lese – und ich zitiere –, dass bereits 144 000 Wiener von dieser Art der Sozialhilfe leben, bedeutet das ein Plus von 11 Prozent gegenüber 2011, und in nur 12 Jahren kam es zu einem Anstieg von 244 Prozent. Im Jahr 2000 hatte Wien 41 800 Sozialfälle.

Meine Damen und Herren! Das ist das Werk von Rot und Grün. Da können Sie sich gratulieren. Das haben

Sie zusammengebracht. Wir sind, wie gesagt, Weltmeister bei Mindestsicherungsbeziehern. Und da wir leider Gottes Weltmeister sind bei den Mindestsicherungsbeziehern, gab es letzte Woche auch die erste Wiener Armutskonferenz. Die ist mittlerweile leider Gottes notwendig in der Stadt Wien. Wir brauchen in der Stadt Wien Armutskonferenzen. Also wenn das keine Schande ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich nicht.

Aber um vielleicht doch zum Ende zu kommen: Mit 1.1.2011 hat diese Wiener Stadtregierung sozusagen als Einstieg in ihre Koalition den ersten sozialpolitischen Großstart hingelegt, nämlich bei „wieder wohnen“. Das ist eine Teilorganisation des Fonds Soziales Wien. Da werden Leute betreut, die obdachlos sind, denen jetzt die Chance gegeben wird, wieder in eine Wohnung zu ziehen. Die bekommen ein Zimmer zugewiesen, in der Regel 6 bis 7 m² groß, und da hat es die rot-grüne Regierung als erste Tat geschafft, denen die Mieten zu erhöhen. Die mussten bis zum 1.1.2011 150 EUR an Miete bezahlen, ab 1.1.2011, meine Damen und Herren, jedoch 180 EUR. Das ist eine Erhöhung von 20 Prozent. (*Abg Godwin Schuster: Sie verstehen das nicht! Sie setzen sich mit dem Thema nicht auseinander!*)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Wenn das das soziale Wien ist, dann weiß ich nicht. (*Abg Godwin Schuster: Die Mietkostenanpassungen sind in der Mindestsicherung drinnen!*) Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie groß die Zimmer sind. Ich habe mir das sagen lassen und ich habe mir das in der Gänsbachergasse im 3. Bezirk angesehen. Das Zimmer hat 6 m², und da schafft es die Stadt Wien, dass sie eine Miete von 180 EUR verlangt. Das entspricht einer Miete von 30 EUR pro Quadratmeter. Und das im 3. Bezirk in der Gänsbachergasse! Das sind Mieten, die können Sie heute nicht einmal auf der Kärntner Straße verlangen. Die Stadt Wien hat überhaupt kein Problem damit. Sie verlangt von den wirklich Ärmsten der Armen in Wien 180 EUR für ein 6-m²-Zimmer und erhöht die Miete noch um 20 Prozent. (*Abg Godwin Schuster: Reden Sie von den Mieten oder von den Kosten? Das ist ein Unterschied!*) Würde das ein Privater machen, wäre er unter Garantie in jeder Zeitung auf prominentem Platz, aber die Stadt Wien hat es, leider Gottes, nicht geschafft. Und aus diesem Grund ist es so wichtig, dass wir das heute öffentlich machen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluss kommen. So wie mein Vorredner geendet hat, möchte auch ich enden. Ich freue mich schon auf das Jahr 2015, denn spätestens dann ist dieser rot-grüne Spuk in Wien vorbei. – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet Herr Dipl-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze, ich erlaube mir ein kurzes Resümee. Ganz zu Beginn meiner Rede habe ich, da ein Landtag wegen Gebührenwucher et cetera einberufen wird, eine einfache Frage an die KollegInnen der Opposition gestellt: Nennen Sie mir eine Stadt mit über 10 000 EinwohnerInnen, wo ein Mensch, der in einer 50-m²-

Wohnung lebt, weniger für Wasser, Abwasser und Müllgebühren zahlt. Sie haben bis jetzt keine einzige Stadt nennen können – keine einzige! –, und ich nehme zur Kenntnis, dass Wien anscheinend tatsächlich die günstigste Stadt, was Gebühren anlangt, ist. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Nein, in Österreich, denn Sie sprechen davon, überall, wo Sie regieren. Dort ist es aber teurer, dort herrscht Wucher. Wo Wien regiert, ist es am günstigsten.

Ich bin aber nach wie vor offen. Gehen wir weiter, nennen Sie mir Gemeinden mit bis 5 000 Einwohner. Was ist wo günstiger als in Wien?

Und sonst hören Sie bitte mit Ihrer Lügerei auf! – Danke sehr. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Empörte Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Präsident Johann **Herzog**: Herr Kollege Margulies, Sie wissen, das Wort Lüge ist hier in keiner Weise gestattet. Ich erteile einen Ordnungsruf. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist somit geschlossen. - Wir kommen nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Es liegt ein Beschlussantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag Gudenus und Rudolf Stark betreffend Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes vor. Darin wird verlangt: Das Wiener Valorisierungsgesetz wird ersatzlos gestrichen, damit hinkünftig die Gemeinde Wien wieder die Entscheidungshoheit über die Festlegung der Gebühren wahrnehmen kann. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. - Ich komme daher zur Abstimmung, und ich bitte jene Damen und Herren

des Landtages, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Stimmen der ÖVP, der FPÖ und des Klubunabhängigen gegen die Stimmen der Regierungsmehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der zweite Antrag ist ein Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Abgeordneten Mag Holdhaus und Mag Dworak. Auch hier geht es um die Aufhebung des Wiener Valorisierungsgesetzes. Der Landtag möge beschließen: Der Wiener Landtag spricht sich ausdrücklich für die Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus, und das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung möge die entsprechenden Schritte umgehend in die Wege leiten. Auch hier wird sofortige Abstimmung verlangt. - Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche jene Damen und Herren des Landtages, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Auch das wird unterstützt mit den Stimmen der ÖVP, FPÖ und des Klubunabhängigen, gegen die Stimmen der Regierungsmehrheit. Auch dieser Antrag ist abgelehnt. (*Abg Godwin Schuster: Die ÖVP wird im Parlament zustimmen!*)

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung des Wiener Landtages findet am Donnerstag, dem 27. Juni 2013, um 9 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen, und ich wünsche einen schönen Nachmittag.

(*Schluss der Sitzung um 13.30 Uhr.*)